

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2007



Jacob ... -1897

- * 4 Finanzplatz Zug - Zug darf kein Monaco werden *
- * 8 Globalisierung konkret - Erfolg internationaler Solidarität *
- * 12 Zugerland Verkehrsbetriebe - Im dritten Anlauf endlich ein GAV *
- * 16 Abstimmung Bankumfahrung Cham-Hünenberg - Zufallsmehr ist kein Steilpass für Strassen *

en
CS
Las bancnotas en protegidas
dal dretg penal.

1000

- 2
- 3 **Editorial**
Bühne frei für die Politik
 - 4 **Finanzplatz Zug**
Zug darf kein Monaco werden
 - 7 **Globalisierung konkret**
Erfolg internationaler Solidarität
 - 10 **Regierungsrat**
Wo sind die Frauen?
 - 12 **Zugerland Verkehrsbetriebe**
Im dritten Anlauf endlich ein GAV
 - 13 **Post im Umbruch**
Die Herausforderung des Wandels
 - 14 **Nationalrat**
Keine Ruhe vor dem Wahlsturm
 - 16 **Abstimmung Umfahrung Cham-Hünenberg**
Zufallsmehr ist kein Steilpass für Strassen
 - 19 **Alternative Ortsgruppen**
 - Weiterhin am Ball
 - GleiserInnen im Spagetti-Rausch!
 - 20 **Porträt**
Aus dem Alltag von...
 - 22 **Wahlbilanz Stadt Zug**
Erfolg für die Linke auf der ganzen Linie
 - 24 **Das politische Buch**
 - Journalismus einst und heute
 - Migration, Integration und Menschenrechte
 - 25 **Serviceteil**
 - Buch
 - Kino
 - Veranstaltungen
 - Adressen
 - Impressum

«Mission statement»

Das Bulletin des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, SGA Zug/Baar.**

Das Bulletin setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das Bulletin»

Bühne frei für die Politik

Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin Alternative, Risch-Rotkreuz

Was hat Politik mit Theater zu tun? Sehr viel! Beides, Theater und Politik, finden auf einer Bühne statt. Für die jeweiligen Auftritte werden die gleichen Eigenschaften von den Agierenden abverlangt.

3



Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin Gleis 3 Alternative Risch.

«Ja, es gefällt mir im Kantonsrat, denn auf der Theaterbühne kenne ich mich vor und hinter der Bühne aus und fühle mich dort seit Jahrzehnten wohl», meine ich jeweils schmunzelnd. «Die Politbühne ist mit der Theaterbühne doch in vielem ähnlich und das gibt mir eine gewisse Sicherheit beim Auftritt.»

Als neue Kantonsrätin Hanni aus der Gemeinde Risch bin ich als Stimmzählerin auch Mitglied des Kantonsratsbüro, was mir zusätzliche Blicke hinter die Kulissen erlaubt.

Für jede Kantonsratssitzung wird vom Landschreiber Tino Jorio ein mehrseitiges Drehbuch mit den Traktanden erstellt, wonach sich der Kantonsratspräsident und das Kantonsparlament während der Ratssitzung richten muss. Anträge zu verschiedenen Geschäften, die

vorgängig angemeldet wurden, verleihen der Sitzung etwas Spannung oder sogar Situations-Komik. Bei speziellen Voten oder Versprechern kann es im Regierungsratssaal zu Reaktionen kommen in Form von Kopfschütteln oder lautem Lachen. Da sehe ich mich in einer Theateraufführung in Form einer Komödie oder in einem Volksstück, ohne hier respektlos zu sein.

Auf der Polit- und der Theaterbühne ist Bühnenpräsenz, Ausdruckskraft und auch Herzblut gefragt. Ist man schon länger im Metier, gibt einem die gemachten Erfahrungen, seien sie positiv oder negativ, die nötige Zuversicht und auch Geduld.

Aus meinem langjährigen Engagement in der Gemeindepolitik weiss ich, dass ich und meine Mitstreitenden von Gleis 3 Alternative Risch mit einigen Ideen und Ansprüchen oftmals um Jahre zu früh sind oder waren. Ich weiss, dass neue Gesellschaftsformen viel Zeit brauchen, bis die Notwendigkeit von den Leuten eingesehen und mehrheitsfähig werden. Bei den Umwelt- und Verkehrsfragen ist die Bevölkerung wohl sensibilisiert, aber noch zu wenig bereit, Umsetzungen zu tragen und zu unterstützen.

Meine Lebenserfahrung mit Familie, Beruf, Umwelt, Theater und Kultur gibt mir die Gewissheit, dass ich als soziale, volksnahe und zielstrebige Frau die Anliegen der Bevölkerung kenne. Um in der Politik angestrebte Ziele erreichen zu können, braucht es Ausdauer, Lobbying, Geduld und hartnäckiges Nachhaken bei bestimmten Themen. Engagement, das sich irgendwann auszahlen wird, ich weiss es. ■

Zug darf kein Monaco werden

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug | Bild BULLETIN

4 **An der Unia-Generalversammlung im Casino vom 9. März 2007 war Josef Lang Gastreferent. Dabei schlug er der Linken eine Offensive gegen die Verdrängung von Familien durch reiche Neuzuzüger vor. Hier seine Rede ...**

«Im letzten Oktober stand über einem Artikel des «Tagesanzeigers» der folgende Titel: «Zug blüht wirtschaftlich – und leidet gesellschaftlich» (26.10.06). Das grösste gesellschaftliche Leiden im Kanton Zug sind die Wohnungsnot und die Mietzinsnot. Beide führen zu einer Umschichtung der Bevölkerung: Vor allem Familien mit tieferen und mittleren Einkommen werden aus dem Kanton verdrängt, dafür nehmen reichere ihren Platz ein, genauer: ihren doppelten oder dreifachen Platz. Diese Entwicklung hat die «Neue Zuger Zeitung» am 6. Dezember 2006 auch in einem Titel kurz und knapp zusammengefasst: «Wohnung kaufen oder Zug verlassen».

Wohnungs- und Mietzinsnot

Zug hat neben Genf den tiefsten Leerwohnungsbestand aller Kantone. Während in der Schweiz im Durchschnitt etwas mehr als ein Prozent der Wohnungen leer sind, sind es im Kanton Zug 0,33 Prozent. Allgemein gilt die Regel: Von einem Wohnungsmarkt kann man erst ab einem Prozent freier Wohnungen sprechen. Wenn der Anteil tiefer ist, dann können die Vermietter den Preis einseitig bestimmen. Meistens handelt es sich bei ihnen um Grossimmobilienbesitzende.

Der Kanton Zug hat neben dem Kanton Genf die teuersten Wohnungen in der Schweiz. Gemäss einer von der UBS in Auftrag gegebenen Studie bewegen sich die Angebotspreise pro Quadratmeter Hauptnutzfläche und Jahr in der Grossstadt Zürich zwischen 195 und 355 Franken, in der Kleinstadt Zug zwischen 205 und 355 Franken. In anderen Worten: Der Anteil günstiger Wohnungen ist in Zug

spürbar kleiner als in Zürich. Das ist auch eine Folge davon, dass es nie ein rotes Zug gegeben hat, das den städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbau gefördert hätte. Kommt dazu, dass die Umgebung von Zürich günstiger als die von Zug.

Die Mietzinse sind im Kanton Zug vor allem aus vier Gründen derart hoch: Erstens drückt die Wohnungsnot die Preise nach oben. Zweitens ist der Boden im Kanton Zug sehr teuer. Drittens hat die Nachfrage von Leuten, die hohe Preise bezahlen können, eine zusätzlich verteuernde Wirkung. Und viertens macht die Firmenflut alles noch schlimmer. Alle vier Faktoren hängen zusammen mit den tiefen Steuern für natürliche und juristische Personen. Die hohen Mieten haben zur Folge, dass die meisten Zugerinnen und Zuger bei den Wohnkosten mehr verlieren, als sie bei den Steuern einsparen. Steuern zahlt man einmal im Jahr, Mieten aber 12 Mal. Kommt dazu, dass im Kanton Zug auch andere Güter und Dienstleistungen teurer sind als andernorts. Beispielsweise sind die Restaurants im Umfeld des Bundeshauses günstiger als die in der Stadt Zug.

Bieler fährt besser als Zuger

Die UBS hat ein Gemeinderating «Gesamtbelastung durch Wohnen und Steuern» gemacht. Bei einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken liegen die Zuger Gemeinden zwischen den Plätzen 86 und 907 relativ weit hinten. «Ein einfacher Vergleich zwischen der steuergünstigen Stadt Zug und der steuerlich teuren Stadt Biel zeigt, dass der Verheiratete mit den 100'000 Franken steuerbarem Ein-



Monaco ist zugebaut ...

kommen in Biel rund 6000 Franken pro Jahr weniger für Wohnen und Steuern aufwenden muss als sein Pendant in der Stadt Zug. Ab einem steuerbaren Einkommen von rund 200'000 Franken lohnt sich aber rein aus finanziellen Gründen die Wohnsitznahme in der Stadt



... und Zug ist auf dem Weg dorthin.

Zug.» (UBS Wealth Management Research, 20.3.2006, S.5.)

Normal- und Wenigverdienende werden verdrängt

Angesichts solcher Zahlen ist es kein Wunder, wenn immer mehr Leute mit Einkommen über

250'000 Franken Leute mit Einkommen unter 100'000 Franken verdrängen. Dieser Prozess drückt sich aus in der Tatsache, dass der Anteil der Mieterinnen und Mieter kleiner, der von Wohn- und Hauseigentümern zunimmt. Dies ist um so bemerkenswerter, als

auch Wohneigentum im Kanton Zug überdurchschnittlich teuer ist. In den Mehrfamilienhäusern, die letztes Jahr im Kanton Zug erstellt wurden, sind laut «Neuer Zuger Zeitung» drei Viertel Eigentumswohnungen. Urs Bertschi, Co-Präsident des Zuger Miete-

rinnen- und Mieterverbandes, fasst seine Beobachtungen in folgende Worte: «Wer sich eine Eigentumswohnung nicht leisten kann und nicht gewillt ist, im Kanton Zug ein schlechtes Preis-Leistungs-Ver-

hältnis hinzunehmen, weicht auf Gemeinden ausserhalb des Kantons aus.» («Neue ZZ», 6.12.07.) Das betrifft auch Leute, die sich im Freiamt oder im Säuliamt oder im Luzernischen Wohneigentum kau-

fen. Der kürzlich zurück getretene Regierungsrat Hanspeter Uster illustrierte die Kehrseite des Steuerparadieses jeweils mit folgender Erfahrung: «Ich bewillige praktisch jeden Monat ein Gesuch, damit

Interpellation im Kantonsrat

Zur Zuger Dumpingsteuerpolitik reichte die Alternative Fraktion am 29. Januar 2007 eine Interpellation ein. Die Zahl der Firmen hat sich im vergangenen Jahr im Kanton Zug gemäss der «Neuen Zuger Zeitung» vom 26. Januar 2007 wieder massiv erhöht. Der Nettozuwachs beträgt 1348 Firmen. Das ist im schweizerischen und europäischen Vergleich völlig unverhältnismässig und dürfte für den kleinen Kanton Zug einen neuen Rekord darstellen.

Die Alternativen stellen dem Regierungsrat dazu folgende Fragen ...

1. Wie viele der neu zugezogenen Firmen sind privilegierte Gesellschaften? Wie viele davon Briefkastenfirmen, gemischte Gesellschaften und Holdinggesellschaften? Wie viele der neuen Firmen sind aus einem anderen Kanton zugezogen?
2. Wie viele der neu zugezogenen Firmen sind im Rohstoffhandel tätig?
3. Wie viele der neu zugezogenen Firmen sind im Kanton Zug im produzierenden Sekundärsektor tätig?
4. Wie viele zusätzliche Verwaltungsratsmandate und Notariats-Aufträge werden schätzungsweise durch die neu zugezogenen Firmen geschaffen?
5. Wie ist die ungefähre Auswirkung der Firmenflut auf das Ressourcenpotenzial des Kantons Zug und somit auf die NFA-Rechnung?
6. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen der Firmenflut auf die Boden-, Miet- und Pachtpreise, auf die Lebenskosten und auf die Wohnungsnot ein?
7. Was meint er zur Gefahr einer finanziellen Mehrbelastung von Personen niederen und mittleren Einkommens im Kanton Zug? Was meint er zur Gefahr einer verstärkten Verdrängung dieser Einkommenschichten aus dem Kanton?
8. Wie sieht er die Zukunft des Werkplatzes angesichts der durch die Firmenflut steigenden Produktions-, und hier vor allem der Landkosten?
9. Wie schätzt der Regierungsrat den durch die Firmenflut verstärkten Druck auf das Kulturland und auf den allgemeinen Landmangel ein?
10. Was sind die Folgen der Firmenflut auf die Verkehrsbelastung, die damit zusammenhängende Luftverschmutzung und ganz allgemein die Lebensqualität?
11. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr ein, dass in der Firmenflut besonders viele ethisch und/oder strafrechtlich dubiose und mafiose Gesellschaften nach Zug gelangen? Wie beugt die Regierung dem vor? Wie handhabt sie die Kontrolle und die strafrechtliche Verfolgung? Wird eine vermehrte internationale Zusammenarbeit bei der strafrechtlichen Verfolgung im Bereich Wirtschaftskriminalität gesucht?
12. Betrachtet es der Regierungsrat angesichts der Firmenflut nicht als besonders dringlich, zugunsten eines sauberen Handelsplatzes den Rohstoffhandel wie ursprünglich beabsichtigt dem Geldwäschereigesetz zu unterstellen?
13. Wie sieht der Regierungsrat die Probleme von Gemeinwesen, in denen ein grosser Teil der neu zugezogenen Firmen mehr Kosten verursachen als in Zug, aber denen sie die zu deren Finanzierung nötigen Steuern entziehen?
14. Befürchtet der Regierungsrat nicht, dass eine Politik, die auf Steuerdumping baut, angesichts des wachsenden Druckes seitens der EU oder der OECD gegen unfaire Steuerpraktiken, auf Sand baut und unseren Kanton langfristig in eine Sackgasse führt?

ein Polizist in einen angrenzenden Kanton ziehen kann, weil er in Zug kein Wohneigentum mehr zu kaufen vermag. Das ist keine gute Entwicklung und ist eine Folge der tiefen Steuern.» («Tagesanzeiger», 27.12.2006)

Mehrbeton und Mehrdreck

Weitere Beispiele «gesellschaftlichen Leidens» will ich nur kurz erwähnen: Immer mehr Grünflächen werden in Grauzonen verwandelt. Die Firmenflut, die sich vor allem in die Gemeinden Zug und Baar ergiesst, vergrössert die Pendlerströme. Mehr Pendler heisst bestenfalls mehr Bahnen und Busse, schlimmstenfalls mehr Autos und Strassen. Die Lärm- und Luftbelastung nimmt zu.

Teurer Produktionsstandort

Der Werkplatz, der mehr Raum benötigt als eine Handelsfirma, gerät wegen den hohen Boden- und Pachtpreisen ebenfalls unter Druck. Und da die Industrie personalintensiver ist als eine Handels- oder Finanzgesellschaft und da sie nicht die gleich hohen Löhne zahlen kann, ist sie stärker betroffen durch den Wohnungsmangel und die hohen Wohnkosten. Die steigenden Land- und Pachtkosten verteuern den echten Bauern das Produzieren und erschweren ihnen somit das Existieren.

Die Reichsten und Rechtsten

Natürlich gibt es im Steuerparadies nicht nur Verlierer und Leidende. Es gibt auch Profiteure. Diese stellen zwar eine Minderheit, umso grösser ist ihr Profit. Zuerst sind es all die steuerflüchtigen Personen und Firmen, die auf Kosten anderer Gemeinwesen Geld, viel Geld sparen. Dann sind es die Wirtschaftsanwälte und Treuhänder, die mit relativ wenig Aufwand hohe Einkommen erzielen. Vor allem aber profitieren die Reichen,

die erstens wenig Steuern und bezahlen und zweitens in aller Regel von den steigenden Preisen ihrer Immobilien profitieren.

Die drei bürgerlichen Parteien des Kantons Zug stehen völlig im Dienste dieser Profiteure. Es ist kein Zufall, gehören sie zu den rechtesten bürgerlichen Parteien der Schweiz. Die Zuger Bourgeoisie ist nicht nur die reichste im Land. Sie ist auch die rechteste im Land.

Blind für Gefahren

Und wie es mit den Reichen und Rechten so ist: Da ihr Denken auf den kurzfristigen Profit ausgerichtet ist, sind sie blind gegenüber den mittel- und langfristigen Gefahren, die auf sie zukommen. Damit meine ich nicht nur das Klima, das den Reichen und Rechten, wie die Strassenabstimmung gezeigt hat, ohnehin ziemlich egal ist. Damit meine ich auch das, was ihnen am Nächsten liegt: das Portemonnaie. Steueroasen geraten immer mehr unter Druck.

Erstens seitens der Schweizer Bevölkerung. Gemäss einer kürzlich durchgeführten Umfrage lehnt diese zu drei Viertel Steuerprivilegien wie die für Holdings ab.

Zweitens seitens der Europäischen Union, weil die Steuerflucht den europäischen Sozialstaaten die materielle Basis entzieht. (Allerdings wäre die EU glaubwürdiger, wenn sie gleichzeitig gegen die eigenen Steueroasen vorgehen würde.)

Und drittens gibt es konstanten Druck seitens der OECD. Je mehr die Wirtschaft des Kantons Zug durch die tiefen Steuern geprägt ist, desto grösser wird der Preis sein, den wir alle zu bezahlen haben, wenn die riesigen Steuergefälle in der Schweiz und in Europa ausgeglichen werden. Steueroasen bauen auf Sand. Wer weiter einseitig auf Steurdumping setzt, han-

delt verantwortungslos und kurz-sichtig.

Soziale Gegenoffensive

Viele von euch bauen die Häuser, Büros und Infrastrukturen dieses Kantons. Aber ihr habt es ungleich schwerer, als irgendein reicher Steuerflüchtling oder irgendeine steuerflüchtige Firma eine von euch erstellte Wohnung zu finden oder zu behalten. Ähnlich geht es vielen anderen Werkträgern. Die politische Linke – die SP, die Alternativen und die Christlichsozialen – sowie die Gewerkschaften, der Mieterinnen- und Mieterverband, aber auch die Umweltorganisationen sind herausgefordert, zur Lösung des grössten sozialen Problems dieses Kantons. Dies sind der Wohnungs- und Mietzinsnot, der Verdrängung von nichtbetuchten Familien eine langfristige angelegte und gemeinsam geführte Gegenoffensive zu starten. Nur so können wir verhindern, dass Zug zu einem Monaco nur für die Reichsten wird. Schliesslich baut ihr, bauen wir Zug für die Menschen und nicht für den Mammon.» ■

Erfolg internationaler Solidarität

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative, Baar | Bild Stephan Suhner

8 **Die Welt ist nahe zusammengerückt. Was auf einer Seite unseres Planeten geschieht, hat Auswirkungen auf der anderen. Der Wirtschaftskanton Zug ist ein Kristallisationspunkt dieser zunehmenden Verflechtung – einer Globalisierung, die viele Menschen zu Verlierern macht.**



José Julio Perez, Verantwortlicher für die Dorfgemeinschaft von Tobaco (Kolumbien).

Zwei kolumbianische Männer weilten im Januar 2007 in einer besonderen Mission in der Schweiz. Die beiden leben im Norden Kolumbiens, wo die grösste Tagbaumine Südamerikas – doppelt so gross wie der Genfersee – liegt. Die Kohlenmine Cerrejon gehört einem Konsortium der drei Rohstoffhandelskonzerne Xstrata (einer Tochterfirma der Glencore, mit Steuerdomizil in Zug), BHP Billiton und Anglo American. José Julio Perez, ein Mann mit afrikanischen Wurzeln, ist Vorsteher ei-

ner Dorfgemeinschaft und Armando Perez setzt sich als Anwalt für die Anliegen von unterdrückten Minderheiten ein.

In einer Begegnung mit kirchlich und politisch engagierten Personen in Baar schilderten die beiden Männer, wie ihre Dorfgemeinschaft im Rahmen der Minenexpansion im Jahre 2001 rücksichtslos vertrieben und brutal all ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurde. Mit ihrem Aufenthalt bei uns verfolgten sie zwei Ziele: Zum einen wollten sie mit

der Xstrata-Konzernleitung das Gespräch suchen, auf ihre hoffungslose Situation aufmerksam machen und um Hilfe beim Aufbau eines neuen Dorfes und um gerechte Behandlung bitten. Zum andern ging es ihnen auch darum, internationale Unterstützung zu erhalten in einem gravierenden Arbeitskonflikt zwischen der Minenbetreiberfirma und den Gewerkschaften.

Wende im Arbeitskonflikt

Die Alternative Kanton Zug hat über die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien seit Monaten ihre Solidarität mit den Arbeitern ausgedrückt, einerseits über Briefe, andererseits über persönliche Kontakte. Zugleich hat auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit (Presseartikel, Dokufilm an den Solothurner Filmtagen) mitgeholfen Druck aufzubauen. So gelang im kolumbianischen Arbeitskonflikt kurz vor dem definitiven Scheitern ein Verhandlungsdurchbruch. Ende Januar 2007 wurde ein neuer Gesamtarbeitsvertrag unterzeichnet. In Zug gab die Xstrata den beiden Kolumbianern abschlägigen Bescheid auf ihre Bitten um Gehör. Doch anfangs Februar wurden sie von einem Mitglied der Konzernleitung in London empfangen und erhielten teilweise befriedigende Antworten auf ihre Anfragen.

Ausbeutung und Profit

Globalisierung heisst hier konkret: In Kolumbien schufteten ausgebeutete Menschen unter elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Gewinn aus dieser harten Arbeit kommt nicht ihnen zu Gute, sondern wird auf der anderen Seite der Erdkugel – im Rohstoffhandelszentrum Zug – auf bereits vorhandenen Wohlstand aufgehäuft. Die Menschen, die unseren Wohlstand erarbeiten, sind so weit weg, dass ihr Leiden und ihre Unterdrückung uns nicht mehr beunruhigen. Wir vergessen, die wesentlichen Fra-

gen nach dem Hintergrund unseres Reichtums zu stellen.

Die Globalisierung hat seit den 1970er-Jahren die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern enorm vergrößert. Beschwichtigend heisst es: Wenn es den Reichen gut geht, profitieren alle. Das ist definitiv eine Lüge. Der produzierte Reichtum wird weder über Löhne noch Investitionen an die Arbeitenden und die lokale Wohnbevölkerung zurückgegeben, sondern privatisiert. Multis machen Profit (siehe Box nebenan). Durch die Tiefsteuerpolitik des Kantons Zug, die insbesondere Holdings, gemischte Gesellschaften und Domizilfirmen privilegiert, wird diese tragische Entwicklung noch gefördert.

Lichtblicke

Umso schöner ist es, wenn zwi- schendurch direkte Begegnungen sensibilisieren, Verbundenheit bewirken und gar kleine Erfolge nach sich ziehen. Dann ist es auch etwas leichter, den Widerstand gegen diese destruktiven Mechanismen aufrecht zu erhalten, Solidarität weiter zu leben im Kleinen wie im Grossen und unser Gerechtigkeitsempfinden nicht von unserem Wohlstand einlullen zu lassen. Bertolt Brecht formulierte dieses Bewusstsein sehr prägnant: «Reicher Mann und armer Mann, standen da und sahn sich an, und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.» ■



Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch die Kohlenmine Corrales in Kolumbien: Glencore bzw. Xstrata als Mitbesitzerin trägt dafür Verantwortung.

Xstrata und Glencore

stg. Die **Xstrata** ist ein relativ junger, schnell wachsender Rohstoffkonzern. Ende der Neunzigerjahre aus dem Schweizer Stahlhersteller Südelektro hervorgegangen, hat er unter Führung von Vorstandschef Mick Davis eine Serie von Übernahmen in der Rohstoffbranche hingelegt. Erklärtes Ziel des Konzerns mit Sitz in Zug ist es, mit Unterstützung des Hauptaktionärs **Glencore International** einen führenden globalen Rohstoffriesen zu formen. Auf Platz fünf der Branche hat sich die Glencore-Tochter schon vorgearbeitet.

Allein im vergangenen Jahr kaufte Xstrata für 23 Milliarden Dollar den kanadischen Konkurrenten Falconbridge, die peruanische Kupfermine Tintaya

und ein Drittel des kolumbianischen Kohleförderers Cerrejon. Im Geschäftsjahr 2006 steigerte Xstrata ihren Gewinn um 119 Prozent auf 4,89 Milliarden Dollar. Der Umsatz legte ebenfalls deutlich um 56 Prozent auf 26,9 Milliarden Dollar zu.

Glencore selber war auch 2006 das umsatzstärkste Unternehmen der Schweiz. Laut Firmenhomepage betrug der Umsatz 116,5 Milliarden Dollar oder 141 Milliarden Franken - das entspricht einer Steigerung um 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Glencore macht Gewinne aus der Wertschöpfungskette von der Förderung bis zum Handel von Rohstoffen. Glencore verkauft Kohle, Zink und Kupfer die vom Bergbauriesen Xstrata gefördert werden. Zudem vermarktet Glencore Öl, Gas, Zucker, Weizen und Reis.

Wo sind die Frauen?

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Alternative, Zug | Bild Kanton Zug

10 Ein Blick auf die gesamte kantonale Zuger Verwaltung zeigt, dass von den rund 60 Ämtern lediglich deren sechs von Frauen geleitet werden. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist also nach wie vor topaktuell – auch für die Regierung.

Erst einige Wochen ist es her seit ich meine neue Herausforderung als Vorsteherin der Direktion des Innern antrat. Eine Direktion, die sich auszeichnet durch ihre Vielfaltigkeit: Grundbuch- und Vermessungsamt, Sozialamt und Asylfürsorge, Kantonsforstamt, Amt für Fischerei und Jagd, Amt für Archäologie und Denkmalpflege, Gemeindeaufsicht und Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst.

Zudem ist auch die Gleichstellungskommission für Frau und Mann meiner Direktion angegliedert. Noch im letzten November diskutierte der Kantonsrat, ob es diese Kommission weiterhin braucht. Offensichtlich sieht sich die Kommission alle vier Jahre mit der Situation konfrontiert, die Notwendigkeit ihrer Existenz gegen viele kritische – oder eben unkritische – Stimmen zu rechtfertigen. Die erste Kommissionssitzung motivierte mich deshalb zu einem kleinen historischen Exkurs.

«Frühfeministen»

Im frühen 16. Jahrhundert hat der theologische Philosoph Agrippa von Nettesheim eine Schrift verfasst mit dem Titel «Über den Vorzug des weiblichen vor dem männlichen Geschlecht», in welcher er den geradezu ketzerischen Gedanken geäussert hatte, dass die Frau von Gott den gleichen Verstand bekommen habe wie der Mann und in vielen Fällen die göttlichen Geheimnisse sogar besser verstünde. Wie Sie sich vorstellen können, blieb Agrippa von Nettesheim mit dieser Theorie der Überlegenheit der Frau ein Aussenseiter und verbrachte viele Jahre seines Lebens im Gefängnis.

Immerhin beginnen sich die Philosophen ab Mitte des 17. Jahrhunderts ernsthafter mit der Frage zu beschäftigen, ob nicht vielleicht die Frau dem Manne doch von Natur aus gleichgestellt sein könnte. Und bereits ein Jahrhundert später stellte Johann Gottlieb Fichte die sich allmählich aufdrängende Frage: «Hat das Weib die gleichen Rechte im Staate, welche der Mann hat?» Und führte dazu weiter aus: «Diese Frage könnte schon als Frage lächerlich scheinen. (...) Wie könnte zwischen zwei Geschlechtern, die beide dieselbe Vernunft und dieselbe Freiheit besitzen, ein Unterschied der Rechte stattfinden?»

Hätte Johann Gottlieb Fichte gewusst, dass wir uns zweieinhalb Jahrhunderte später immer noch mit der gleichen Frage beschäftigen, würde er wahrscheinlich aus dem Staunen nicht mehr herauskommen.

Vor 26 Jahren

Man muss zu unserer Verteidigung präzisieren, dass mindestens die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann vor 26 Jahren – seit dem Inkrafttreten des altArt. 4 Abs. 2 der Bundesverfassung von 1874 – statuiert worden ist.

Seit 1981 ist der Gesetzgeber auf allen staatlichen Ebenen beauftragt, die Gleichberechtigung in sämtlichen Bereichen zu verwirklichen, beziehungsweise geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen zu beseitigen.

Eine noch präzisere Anweisung diesbezüglich bietet der neue Art. 8 Abs. 3 BV, der garantiert: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung,

vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Ein Blick in die Statistik zeigt jedoch, dass wir uns bedauerlicherweise mit der tatsächlichen Gleichstellung immer noch schwer tun. Prominentestes Beispiel ist die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann.

Ungleichheit immer noch gross

Seit die Löhne der erwerbstätigen Bevölkerung in der Schweiz erhoben werden, lässt sich eine grosse Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen feststellen, die sich trotz Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen und trotz Aufholjagd der Frauen in der schulischen und der Berufsbildung seit 1960 nur um rund ein Drittel auf 21 Prozent, verringert hat.

Über das Projekt «Männer im Spagat – Zerreihsprobe zwischen Familie und Beruf» hat die Gleichstellungskommission im Jahr 2005 ein Schlüsselthema aufgegriffen und aufgezeigt, dass Gleichstellung nicht nur für Frauen wichtig ist, sondern auch Chancengleichheit für Männer bedeutet.

In der seit längerem schweizweit geführten Diskussion um die Gleichstellung von Frau und Mann wird das Ziel angestrebt, dass beide Geschlechter aktive Familienverantwortung und Engagement im Erwerbsleben verbinden können, ohne dass sie dabei bezüglich Lohn, Karrierechancen und anderen wichtigen Aspekten der Berufstätigkeit benachteiligt werden. Diese zufrieden stellende Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben ist heutzutage in der Schweiz jedoch noch bei weitem nicht gewährleistet – sowohl für Mütter als auch für Väter.

Für Mütter hat aber die Frage, wie Familie und Erwerbsarbeit unter einen Hut gebracht werden können, im Allgemeinen wesentlich weiter reichende Konsequenzen als für Väter,



Die Zuger Regierung hat wie die Schweiz und der Kanton Zug bei der Gleichstellung von Frau und Mann noch einen weiten Weg vor sich.

denn nach wie vor sind es meistens die Mütter, welche die Hauptverantwortung für die Erziehung und Betreuung der Kinder – die so genannte «unbezahlte Arbeit» – übernehmen. Ursache dafür ist das nach wie vor gesellschaftlich stark verankerte Familienmodell mit einem Vollzeit erwerbstätigen Vater und einer nicht oder nur Teilzeit erwerbstätigen Mutter.

Beispielsweise waren im Jahr 2005 fast die Hälfte aller nichterwerbstätigen Frauen aus familiären Gründen ohne Erwerb, bei den nichterwerbstätigen Männern hingegen machten die familiären Gründe lediglich 1,3 Prozent aus. Die Gesamtzahl der Teilzeiterwerbstätigen zwischen 1995 und 2005 stieg zwar um knapp einen Viertel an, jedoch waren 81 Prozent dieser Teilzeiterwerbenden im Jahr 2005 Frauen.

Ungleichheit auch im Kanton Zug

Anhand der Ende 2003 vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Situationsanalyse über den Ist-Zustand in der Zuger Verwaltung bezüglich Gleichstellung von Frau und Mann

und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellte die durchführende Fachstelle «UND» im Dezember 2004 fest, dass in allen drei exemplarisch untersuchten Ämtern Teilzeitpensen (Pensen von 80 Prozent oder tiefer) praktisch ausschliesslich in ausführenden Tätigkeiten vorkommen und zu einem grossen Teil von Frauen belegt werden. Die Verteilung der Geschlechter war klar gegenläufig zu den Hierarchiestufen. Je höher die Funktionsstufe, desto weniger Frauen finden sich dort. Ein Blick auf die gesamte kantonale Zuger Verwaltung zeigt, dass von den rund 60 Ämtern lediglich deren 6 von Frauen geleitet werden. Karriere ist offensichtlich nach wie vor – auch im Kanton Zug – Sache des Mannes und die Möglichkeit von Teilzeitarbeit, auch auf Kaderstufe, wird nicht genutzt, oder ist allenfalls gar nicht erwünscht, sicher jedoch zu wenig gefördert. Es zeigte sich, dass auch die Zuger Verwaltung bei weitem nicht «Fit für die Familie» ist und noch einen beachtlichen Weg vor sich hat, bis ein Spagat zwischen Familie und

Beruf sowohl für Frauen, als auch für Männer keine Zerrungen mehr hinterlässt.

Dran bleiben

Umso wichtiger ist, dass die Chancengleichheit ständig thematisiert wird und eine kontinuierliche Sensibilisierung schon auf der Schulstufe ansetzt. Die Gleichstellungskommission setzte mit Schulprojekten wie «Umdenken öffnet Horizonte» sowie ihrer Beteiligung am Projekt «Offene Berufswahl» Akzente. Einerseits wurde das Ziel verfolgt, das Klischee typischer Frauen- und Männerberufe zu thematisieren und Mut zu machen, Neues auszuprobieren. Andererseits war beabsichtigt, das Ansehen der Berufslehre, vor allem im gewerblichen Bereich zu verbessern. Und die offene Berufswahl unter Berücksichtigung der geschlechter- und kulturspezifischen Gegebenheiten sollte gefördert werden.

Nur wenn den kommenden Generationen alle Möglichkeiten offen stehen, wird ein Umdenken nachhaltig sein. ■

Im dritten Anlauf endlich ein GAV

Peter Moor-Trevisan, Informationsbeauftragter SEV | Bild SEV

12

Seit 2001 gab es Bestrebungen, für die Mitarbeitenden der Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Dazu brauchte es drei Anläufe. Nun ist der erste GAV unterschrieben und seit dem 1. Januar 2007 in Kraft.

Die Entstehung des GAV ZVB war geprägt durch mehrere Unterbrüche. Im Jahr 2004 wurde nach zweimaligem Abbruch der Verhandlungen in einer Sitzung zwischen dem Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) und der ZVB-Geschäftsleitung bzw. dem Präsidenten des Verwaltungsrates eine Wiederaufnahme der Arbeiten beschlossen. Als Grundlage dazu wurden die bisherigen unbestrittenen Punkte der vorherigen Verhandlungen übernommen sowie die Regelungen aus dem Handbuch für Mitarbeitende eingebaut. Weder beim Lohn noch bei der Arbeitszeit bringt der GAV wesentliche Neuerungen. Da die ZVB für die Nah-

verkehrsbranche attraktive Löhne und Anstellungsbedingungen bieten, ist bereits deren Festlegung im Rahmen eines GAV sehr viel wert. In diesem Zusammenhang ist aber ebenfalls festzustellen, dass ein angemessenes Lohnniveau für das «teure Pflaster» Zug eine absolute Notwendigkeit darstellt.

Umfassende Regelung

Der GAV gilt nicht nur für den Busbetrieb, sondern auch für die Schifffahrt und die Zugerbergbahn. Insgesamt sind in den verschiedenen Unternehmensbereichen über 340 Mitarbeitende beschäftigt, die nun alle neue Anstellungsverträge erhalten haben. Der GAV trat auf

den 1.1.2007 in Kraft und ist erstmals auf den 31.12.2009 kündbar. Der SEV und die ZVB versprechen sich vom Vertrag bei allfälligen Ausschreibungen einen gewissen Schutz vor Dumpingwettbewerb auf dem Rücken des Personals. Der SEV setzt sich generell dafür ein, dass in regionalen und kantonalen Rahmenverträgen die Arbeitsbedingungen für das Personal im öffentlichen Nahverkehr festgelegt werden, damit diese dann auch bei Ausschreibungen von Linien und Netzen als fixer Bestandteil gelten. Nach einer gewissen Zeit der Stagnation hat die Sektion Zug des SEV-Unterverbandes des Personals privater Transportunternehmungen (VPT) im letzten Jahr eine sehr positive Entwicklung genommen. Neben vielen neuen Mitgliedern zeugten auch Aufmarsch und Stimmung an der letzten Versammlung von diesem Aufwind. ■



Die Unterzeichnenden des GAV ZVB Zugerland Verkehrsbetriebe von links nach rechts: Gregor Kupper, Präsident Verwaltungsrat ZVB, Hugo Berchtold, Unternehmensleiter ZVB, Giorgio Tuti, Vize-Präsident SEV, Martin Streich, Präsident SEV-VPT Sektion Zug.

Die Herausforderung des Wandels

Markus Lüscher, Cham | Text und Bild

Der Strukturwandel bei der Post macht auch vor dem Kanton Zug nicht Halt. Am Beispiel der Postzustellung lässt sich ablesen, mit welchen Umstellungsprozessen die Angestellten konfrontiert sind.



Was man bis heute nur aus den Grossstädten in Bezug auf Postzustellung kannte, hat nun auch den kleinen Kanton Zug erfasst: Die Schweizerische Post zentralisiert die Brief- und Paketzustellung für den Grosse Raum Zug in einem neuen Logistikcenter in Baar. Von hier aus erfolgt seit dem 16. Oktober 2006 die gesamte Paketzustellung für den Kanton sowie die Briefzustellung für die Gemeinden Zug, Baar und Steinhausen. Das Logistikcenter befindet sich im ehemaligen Legogebäude an der Oberneuhofstrasse 10 in Baar. Im neuen Logistikcenter lassen sich Synergien erzielen. Zum Beispiel die gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten, die Zusammenlegung etlicher Lastwagenfahrten sowie die Reduktion von Lärmemissionen am frühen Morgen. Der Umzug hatte keinen Stellenabbau zur Folge. Für die Mitarbeitenden bedeutete das aber, dass sie einen gewohnten, kleinen und überschaubaren Arbeitsplatz verlassen mussten. Dazu waren hohe Flexibilität und Offenheit für Neues



gefragt. Es änderte für die meisten Mitarbeitenden wenig – aber doch einiges. Es geht nicht darum, wie stark jemand persönlich vom Wechsel betroffen ist, sondern wie die Veränderung subjektiv wahrgenommen wird. Manche bewegt es schon sehr, wenn sie oder er «nur» das Büro zügeln muss.

Täglich 200'000 Postsendungen
Heute sind rund 200 Post-Mitarbeitende auf einer Gesamtfläche von 4450m² am neuen Standort beschäftigt. Einen wichtigen Faktor bildet natürlich auch die Kosteneinsparung von 400'000 Franken

pro Jahr – hauptsächlich bei der Infrastruktur. Pro Tag werden von der Paketpost rund 9000 Pakete verteilt. Von der Briefpost werden 26'423 Haushaltungen bedient, welche auf 61 Briefbotenbezirke aufgeteilt sind. Zusammen verteilen sie pro Tag 200'000 Sendungen. Für diese Zustellung stehen 8 Autos sowie 53 Roller/Velos zur Verfügung. Solche Logistikzentren werden geschaffen, um Synergien zu nutzen, Kosten zu sparen und eine attraktive Konkurrenz zu privaten Verteilern zu bleiben. Denn in der Schweiz kündigen sich weitere Marktöffnungsschritte in der Totalrevision des Postgesetzes

13

an. Die zuständige Arbeitsgruppe des Bundes wird bis zur zweiten Hälfte 2007 einen ersten Entwurf ausarbeiten, der Ende Jahr vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt wird. Die EU-Kommission möchte sogar weiter gehen und den Briefmarkt in der ganzen EU auf das Jahr 2009 komplett liberalisieren, wobei Deutschland diesen Schritt bereits ein Jahr vorher vollziehen will. An beiden Meilensteinen wird seit Anfang Jahr heftig gerüttelt. Darum heisst der zielführende Weg, den Wandel anzunehmen und flexibel damit umzugehen. ■



Keine Ruhe vor dem Wahlsturm

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug | Bild «Annabelle»

- 14 **Die März-Session war strenger und bewegter als sonst. Sie stand im Zeichen zahlreicher wichtiger Fragen: Gleichstellung von Mann und Frau, Klimaerwärmung, Agrarpolitik, Unternehmenssteuerreform, Waffengesetz. Ich beschränke mich hier auf die Waffendebatte und einen Überblick über mein Engagement. Wortwörtlich und vollständig findet ihr die Voten und Vorstösse über meine Homepage: www.joseflang.ch.**

Was die Verschärfung der Waffengesetzgebung betrifft, haben wir Linken auf der ganzen Linie verloren, und zwar deutlicher als an der Session in Flims. Der «Annabelle»-Effekt, der im September 2006 noch gespielt hatte, war am 15. März 2007 kaum mehr spürbar. Erst bei der Debatte über die Ordonnanzwaffe einen Tag nach der Churer Tragödie fanden 13 Mitglieder aus CVP-, FDP- und SVP den Mut, mit uns zu stimmen. Die zwei Zuger Bürgerlichen, die bereits zuvor konsequent gegen die Anliegen der Zuger Regierung gestimmt hatten, waren nicht darunter.

Ich setzte mich insbesondere ein für ein nationales Waffenregister, gegen Ausnahmen bei der Waffenerwerbsscheinspflicht, für eine effizientere Kontrolle der Waffenhändler, für die Markierung aller Waffen sowie für die Verbannung der Ordonnanzwaffe ins Zeughaus. In dieser Debatte habe ich klar gemacht, dass die private Aufbewahrung der Dienstwaffe das grösste Sicherheitsrisiko in der Schweiz sei. Deshalb sollten sich Politikerinnen und Politiker, die gegen eine Verschärfung der Waffengesetzgebung sind, nicht länger Sicherheitspolitiker nennen.

Ein Sessions-Überblick

5. März: Als Sprecher der Minderheit der Sicherheitspolitischen Kommission setze ich mich ein für die Volksinitiative gegen den Kampffjetlärm sowie gegen den Einsatz von 15'000 Soldaten an der Fussball-EM 2008.

6. März: Als Sprecher der Grünen Fraktion engagiere ich mich für zwei parlamentarische Initiativen der Grünen und der SP für eine

Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes.

7. März: Unter anderem reiche ich die Interpellation «AKW und Terror-Gefahr» ein.

8. März: Mit meiner Stimme darf ich beitragen zum Erfolg für den Vaterschaftsurlaub. Jetzt kommt es auf den Ständerat an.

12. März: Nach der Teilnahme an der Pressekonferenz von WWF, Greenpeace, SP und Grünen zur Klimaschutz-Initiative erwarte ich im Nationalrat die Antwort auf die Frage, ob der Bundesrat den Geheimbericht der «Electricité de France» über die Verletzlichkeit der neuen AKW gegenüber Flugzeugattacken kennt. Da er ihn nicht zu kennen vorgibt, obwohl ich ihn ihm

gemailt habe, muss er daraus keine Schlüsse ziehen.

13. März: Als Sprecher der Grünen setze ich mich ein für die Zulassung von Parallelimporten, das der Landwirtschaft jährliche Einsparungen von 50 Millionen Franken ermöglicht. Dank einer Allianz von Linken, CVP (ohne Pfister) und SVP-Bauern (ohne Scherer) setzen wir uns gegen die Pharma-Lobby durch.

14. März: Frühmorgens findet eine Sitzung der Begnadigungskommission statt. In der Agrardebatte bin ich Fraktionssprecher für höhere ökologische Verbindlichkeiten in der Landwirtschaft Marcel Scherer verliert seinen höchst eigennützigsten Kampf um die Aufhebung der Höchsttierbestände sehr deutlich.

15. März: Im Rahmen der Debatte über das Waffengesetz halte ich acht Voten, darunter eine persönliche Erklärung gegen Bundesrat Blocher, der die beiden Vernehmlassungen der Zuger Regierung relativiert hat.

Bio-Standards in der Landwirtschaft

Unten stehend ein Auszug aus dem Votum von Josef Lang zugunsten des Antrags Ruth Genner für verbindlichere Bio-Standards in der Landwirtschaft vom 14. März:

«Die Zukunft der Landwirtschaft dieses Landes liegt in der Qualität und nicht in der Quantität. Beim Versuch, das Rennen mit Agro-Industrien über die Menge zu gewinnen, wird sie das gleiche Schicksal ereilen, wie es der Hase im Rennen mit dem Igel erlitt. Dieser war immer schon da, weil er über nicht einholbare Vorteile verfügte!

Die einzige Chance der schweizerischen Bauernbetriebe liegt in der Spitzenqualität: naturnah und tiergerecht! Wer ihr etwas anderes predigt, läutet ihr das Totenglöcklein. Eine gutschweizerische Erfahrung

heisst: Bei Fragen der Qualität gibt es keine Halbheiten! Der Flurschaden, den die Mehrheit gestern mit dem Entscheid für «Bio Light» angerichtet hat, erheischt erst recht eine grössere Verbindlichkeit bei den Bio-Standards.

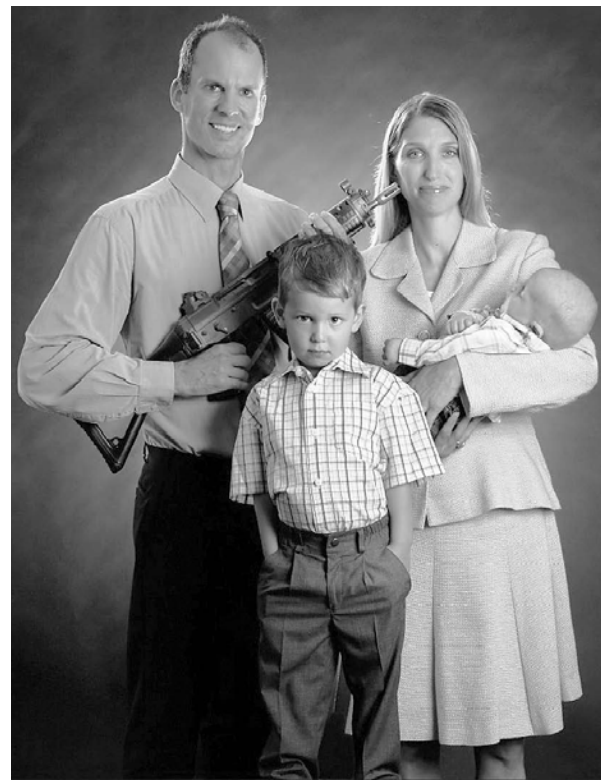
Die Mehrheit der Gesellschaft, verstanden als Steuerzahlerin oder als Konsumentin, hält solange zur Landwirtschaft, als diese sich in Richtung naturnah und tiergerecht bewegt. In dem Moment, wo sie diese – tatsächlich erfreuliche – Entwicklung abbremst oder sogar abbricht, verliert sie den Boden, ohne den sie nicht existieren kann: die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, Direktzahlungen und andere Beiträge zu leisten, und die Bereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten, einheimische Produkte zu bevorzugen.»

19./20./21. März: Ich sammle Unterschriften für die Motion «Zivilisierung der Ruag» sowie für die parlamentarische Initiative «Keine Militärprozesse gegen Zivilpersonen». Zusätzlich reiche ich ein von je zwei Mitgliedern aus allen Fraktionen unterzeichnetes Postulat ein gegen die Schikanierung von Unterschriftensammlerinnen in verschiedenen Städten.

22. März: Zuerst engagiere ich mich im Namen der Fraktion gegen

das «Antiterror»-Abkommen mit den USA. Dann beteilige ich mich an der Debatte über die Verbannung der Ordonnanzwaffe ins Zeughaus.

23. März: Der letzte Vormittag steht im Zeichen des üblichen Abstimmungs-Reigens. Die Summe aller Abstimmungen in den drei Wochen dürfte 200 übersteigen. Bevor ich spätabends nach Zug zurückkehre, verbringe ich den Nachmittag mit Sitzungen zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». ■



WAFFEN GEHÖREN NICHT IN DIE FAMILIE

Grosses Echo fand die Schusswaffen-Petition der Zeitschrift «Annabelle».

Pfister näher bei SVP als CVP

Martin Stuber | BULLETIN-Redaktor

Im Nationalrat kamen bei den ökologischen Abstimmungen am 21. März wenige Vorstösse durch oder wurden ganz knapp abgelehnt. Diese positiven oder fast positiven Resultate erklären sich damit, dass jeweils die Mehrheit oder die Hälfte der CVP-Fraktion mit der SP, den Grünen und der EVP stimmte. Der Zuger CVP-Vertreter Gerhard Pfister stimmte dabei jedes Mal mit Marcel Scherer und dessen SVP statt mit der CVP. Das zeigen die ersten 9 Po-

sitionen (grau markiert) in der unten stehenden Tabelle deutlich.

Aber auch bei anderen wichtigen Abstimmungen (Positionen 10 bis 13 in der Tabelle) stimmte Gerhard Pfister mit der SVP gegen die Mehrheit oder die Hälfte seiner eigenen Partei. Treu mit der CVP-Mehrheit stimmte Gerhard Pfister bei der Förderung der Atomkraftwerke. Drei Beispiele: Die Abstimmung «Geld für erneuerbare Energieträger statt für Atomforschung» ging mit 73 zu

96 Stimmen verloren. Die «Gewährleistung der Volksrechte bei neuen Atomkraftwerken» wurde mit 70 zu 108 Stimmen abgelehnt. Eine «Volle Versicherungsdeckung für neue AKW» scheiterte mit 72 zu 106 Stimmen.

Fazit: Jene WählerInnen der Zuger CVP, die der schweizerischen CVP näher stehen als der SVP, sind gut beraten, wenn sie im Herbst Josef Lang ihre Stimme geben. Der stand der CVP näher als Pfister.

Abstimmungs-Thema	Resultat NR		CVP-Fraktion		Lang	Pfister	Scherrer
	Ja	Nein	Ja	Nein			
Strategiebericht zur ökologischen Steuerreform	103	72	15	10	Ja	Nein	Nein
Ökologische Steuerreform	90	86	12	12	Ja	Nein	Nein
Strengere EU-Normen für Zweitaktmotoren	127	49	24	2	Ja	Nein	Nein
Die Einführung alternativer Fahrzeugantriebe beschleunigen	88	87	16	9	Ja	Nein	Nein
Aktive Klimapolitik nach Kyoto	93	85	22	4	Ja	Nein	Nein
Verstärkte Förderung von Minergiebauten	93	75	22	1	Ja	Enth.	Nein
Energieetikette für Motorfahrzeuge nach CO2-Emission	87	89	20	5	Ja	Nein	Nein
Weg vom Öl, hin zu erneuerbaren Energien	87	89	13	13	Ja	Nein	Nein
Ausbildung Motorfahrzeugführende zu Treibstoff sparendem Fahren	85	91	18	6	Ja	Nein	Nein
Abschaffung der Eidg. Kommission gegen Rassismus	62	112	8	17	Nein	Ja	Ja
Parallelimporte in der Landwirtschaft	95	83	16	9	Ja	Nein	Nein
Aufhebung der Höchsttierbestände	74	110	4	23	Nein	Ja	Ja
Vaterschaftsurlaub	78	74	11	11	Ja	Nein	Nein

Das Zufallsmehr ist kein Steilpass für Strassen

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative, Zug

16 **Mit einem Zufallsmehr von 0,3 Prozent für das 230 Millionen Franken teure Megastrassenprojekt im Ennetsee endete die kantonale Abstimmung vom 11. März 2007. Wie es dazu kam und was es bedeutet, erklärt Martin Stuber, der massgeblich an der Nein-Kampagne beteiligt war.**

Die Niederlage ist bitter, weil so knapp und überhaupt nicht zwingend. Fast hätte David gegen Goliath gesiegt. Obwohl 7 von 11 Gemeinden zum Teil deutlich ablehnten, reichte der Ja-Überschuss in Cham und Hünenberg dann doch ganz knapp zum Zufallsmehr pro UCH.

Vieles richtig gemacht ...

Das Komitee «Cham-Hünenberg umfahren für 63 Millionen» hat vieles richtig gemacht und enorme Arbeit geleistet. Das organisatorisch und parteipolitisch breit abgestützte Komitee hat beherzt gekämpft und sich von den völlig ungleich langen Spissen nicht beeindrucken lassen.

Speziell zu erwähnen ist das grosse Engagement des VCS und der betroffenen Bauersleute, die mit viel Herzblut und Phantasie agierten.

Mit vergleichsweise sehr begrenzten Finanzmitteln musste gegen eine regelrechte Propagandawalze der Befürworter gekämpft werden. Es lohnte sich, auf eine rein sachbezogene Kampagne zu setzen – mit Schwerpunkten auf Aufklärung bezüglich Autobahnausbau als tatsächlicher Alternative und den enormen Kulturlandverlust mit starker Beeinträchtigung zweier Naherholungsgebiete. Während der Kampagne konnten wir immer

und immer wieder die Erfahrung machen, dass die Leute zum Nein schwenkten, wenn sie wussten, was der Bund im Ennetsee plant. Viel Echo fanden die Markierungen der beiden Kammern durch die betroffenen Bauern.

Die Alternative Fraktion legte während der Kantonsrat-Debatte den Grundstein für diese Position, indem wir klar die Kammern B und C als Autobahnzubringer befürworteten, die Kammern A und D aber als unnötig bekämpften. Die AF wies schon damals auf die Bedeutung des A4-Sechsspurausbaus hin, der vom Bund schon beschlossen war.

... und doch verloren

Dass die Befürworter überhaupt eine Chance hatten, dürften sie der Taktik des neuen Baudirektors zu verdanken haben: statt der Versu-

Stellungnahme der Alternative Kanton Zug zur kantonalen Abstimmung über den 230-Millionenkredit UCH

Die Alternative Kanton Zug bedauert die Annahme des 230-Millionenkredites für die so genannte Umfahrung Cham-Hünenberg.

Das Zufallsmehr von 0,3 Prozent in Kombination mit der teilweise deutlichen Ablehnung durch eine klare Mehrheit der Zuger Gemeinden (7 von 11) ist alles andere als eine Carte Blanche für weiteren Strassenbau. Offenbar ist für eine Mehrheit der Gemeinden das Kosten-Nutzenverhältnis dieses Projektes ungenügend gewesen. Die Regierung und die betroffenen Gemeindeexekutiven sind gut beraten, die beiden umstrittenen Kammern A und D nochmals zu überdenken.

Der angesichts des Klimawandels und der schwindenden Ölreserven angesagte Paradigmenwechsel in der

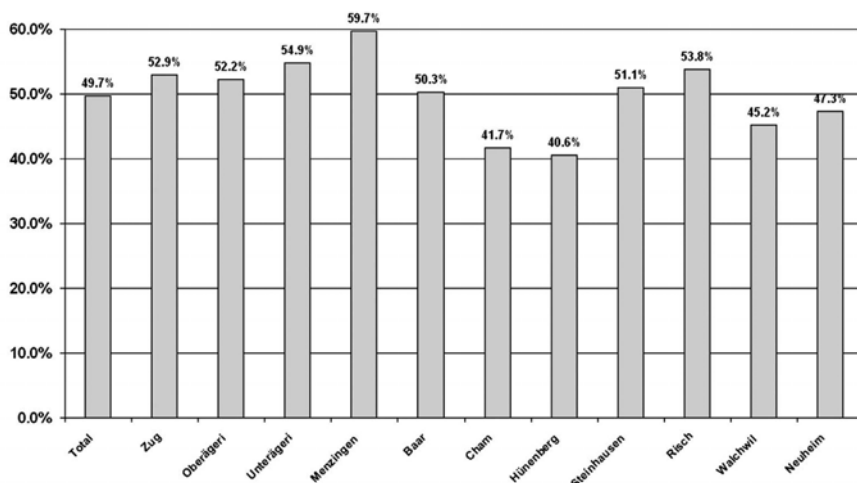
Verkehrspolitik braucht Zeit. Wir werten das Zufallsergebnis als nicht zu übersehendes Wetterleuchten am Horizont, das uns für die weitere Zukunft Zuversicht gibt.

Leider ist die Strategie der Strassenbaulobby knapp aufgegangen: den geplanten Autobahnausbau so gut es geht verschweigen und den beiden betroffenen Gemeinden Cham und Hünenberg damit drohen, dass bei einem Nein nichts mehr getan werde. Letzteres erklärt trotz der sehr deutlich spürbaren Skepsis in der Ennetseebevölkerung die Annahme des Projektes durch Cham und Hünenberg.

Mit ausschlaggebend für die Annahme ist die sehr ungleiche Verteilung der Abstimmungsressourcen. Die massive Propagandawalze, zu einem rechten Teil staatlich finanziert und auch mit unwarren Behauptungen agierend, hat gewirkt. Insbesondere die mit Steuergeldern finanzier-

te so genannte Ennetseezeitung in alle Haushaltungen wird hier noch ein Nachspiel haben. Zu erwähnen ist, dass die beiden Gemeinden Risch und Steinhausen die Vorlage ablehnten und damit das Vorgehen ihrer Gemeinderäte bezüglich Ennetseezeitung desavouierten.

Immerhin darf festgestellt werden, dass die seit längerer Zeit laufende Stimmungsmache, jetzt müssten endlich wieder Strassen gebaut werden, nur beschränkt verfangen hat. Das knappe Zufallsergebnis beinhaltet noch eine andere politische Botschaft: es gibt derzeit nur einen einzigen anderen Ort mit ähnlichem Leidensdruck wie Cham: das historische Stadtzentrum von Zug. Alle anderen Strassenprojekte ausser dem Stadttunnel stehen nun bezüglich Kosten-Nutzen-Verhältnis auf dem Prüfstand, und damit auch die Prioritäten im kantonalen Richtplan. Wir Alternativen bleiben dran!



Nein-Anteil Umfahrung Cham-Hünenberg, 7 von 11 Gemeinden lehnen ab!

chung zu erliegen, die Gegner einfach in die Fundi-Ecke zu stellen (wie dies das Befürworterkomitee immer wieder erfolglos versuchte), ging er auf unsere Argumente ein. Nachdem der Versuch, den Ausbau der Autobahn zu verschweigen, nicht klappte, versuchte er, dessen Ausmass herunter zu spielen. Den ChamerInnen gegenüber wurde eine Doppelstrategie gefahren: einerseits Angst machen, dass bei einem Nein gar nichts gemacht werde und andererseits alles daran setzen, den Chamer Gemeinderat für die eigene Kampagne einzuspannen. Beides gelang.

Dabei spielte die «Informationskampagne» des Kantons eine entscheidende Rolle. Auch wenn wir Gegner uns an den vier Veranstaltungen gut geschlagen haben und in Zug und Unterägeri den Match gewonnen haben dürften, wurde mengenmässig das grosse Publikum im Ennetsee angesprochen, wo wir uns eher schwer taten - sei es, weil wir beim ersten Mal (in Cham) von der geballten Ladung der Baudirektion überrascht wurden, sei es, weil in Hünenberg von unserer Seite zu emotional argumentiert wurde.

Bitter für die betroffenen Bauernbetriebe dürfte sein, dass sie vom ihrem Bauernverband schlussendlich die nahe liegende und zu Recht erhoffte Unterstützung nicht erhielten. In einer gewundenen Stellungnahme, die eigentlich in ein Nein hätte münden müssen, drückte der Zuger Bauernverband sich um eine Parole. Bürgerliche Parteipolitik siegte offensichtlich über Sachpolitik. Überhaupt bestand innerhalb der bürgerlichen Parteien ein enormer Druck auf die Gegner. Die Diffamierung von SVP-Kantonsrat Felix Häcki in der SVP oder die Tatsache, dass an der kantonalen CVP-Delegiertenversammlung CVP-Kantonsrat Thomas Rickenbacher nicht die Nein-Parole vertreten durfte, sind nur zwei Beispiele.

Sonderfaktoren

Entscheidend war schliesslich eine ungünstige Konstellation. In Zug mobilisierte die wüste Kampagne der Roost-Gegner zusätzliche rechtsbürgerliche Stimmen, welche den Nein-Überschuss der Stadt Zug drückten. Gleichzeitig hatte die Linke in der Stadt nicht die Kraft, zusätzlich zur Roost-Kampagne

auch eine Kampagne gegen das Megaprojekt im Ennetsee zu führen, obwohl dieses den Stadttunneln direkt bedroht. Die SGA hatte wenigstens ihre Nein-Parole im breit verteilten Flug erklärt, aber die SP machte gar nichts.

Die Finanzsituation des Kantons erscheint im Moment noch in rosigem Licht angesichts des angekündigten Überschusses, was dem Riesenkredit etwas an Schärfe nahm.

Schliesslich ist uns der «alternative» Bauchef von Cham nach langem Lavieren am Schluss regelrecht in den Rücken gefallen, was der Angstkampagne der Befürworter in Cham zusätzlichen Schub gegeben hat.

«Durchbruchsstrategie» misslungen Hauchdünn verloren ist trotzdem verloren. Um das Abstimmungsergebnis aber in die richtige Perspektive zu rücken, ist noch etwas zur Vorgeschichte zu sagen, die nicht so bekannt ist. Seit einigen Jahren ist zu beobachten, wie unter den bürgerlichen Parteien die Stimmung aufgebaut wird: «Jetzt haben wir so viel für den öffentlichen Verkehr gemacht, jetzt müssen endlich wieder Strassen gebaut werden». Der 230-Millionenkredit sollte der Rammbock für diese «Durchbruchsstrategie» sein.

Den Ton angegeben hatte in der Kantonsratssitzung vom 4. Mai 2006 der Spiritus Rector dieser «Durchbruchsstrategie», CVP-Kantonsrat Peter Rust. Statt der ursprünglich geplanten Etappierung wurde das mit den betroffenen Gemeindebehörden erarbeitete Vorgehen über den Haufen geworfen und alles in einen grossen Kredit gepackt, um die Strassenbaugesegner ein für alle mal in die Ecke zu stellen.

Originalzitat Rust: «Heute dürfen also nicht die Zauderer und nicht die Taktierer und schon gar nicht die Rosinenpicker Oberhand gewinnen! Zu den Zauderern gehört auch die RPK und wir haben unter ande-



— Kanton Zug

Der auf «grün» getrimmte Leporello der Baudirektion – Abstimmungspropaganda mit Steuergeldern. Propaganda, die das Abstimmungsgesetz verletzt.

rem vorhin von deren Präsidenten gehört, zuerst müsse die Finanzierung gesichert sein. Der Kanton Zug als einer der reichsten Kantone schlägt sich mit einer solchen Frage herum, wo wir doch längstens andere Probleme haben! Wer denn sonst als der Kanton Zug kann sich ja auch verschulden, wenn es nicht gelingt, in dieser Generation dieses 200-Millionen-Projekt aufzugleichen? Wir haben ja den Beweis vom Stawiko-Präsidenten gehört. Es ist finanzierbar. Aber die Zauderer legen das so aus und hinterfragen und rechnen vor und spalten Rappen. Um diese Frage geht es heute nicht! Und die Taktiker erzählen dann etwas von der Prioritätenliste. Diese spielt im Ablauf im Kanton Zug überhaupt keine Rolle.»

Rappenspalter verschleudern Geld

Das Zitat ist umso pikanter, als es auch die notorischen bürgerlichen «double standards» illustriert. Für die grössten Rappenspalter in die-

sem Rat gilt das Rappen spalten nicht mehr, wenn es um Strassen geht. Dann kann es nicht teuer genug sein. Dazu passte auch, dass die bürgerliche Mehrheit diese Megavorlage nicht dem Volk unterbreiten wollte.

Damit diese Strategie funktioniert, hätte es ein klares Ja gebraucht. Das Resultat vom 11. März ist genau das aber nicht! Wenn 7 von 11 Gemeinden ablehnen, dann ist das kein Freipass für ungehemmten Strassenbau!

Das Resultat ist für die Strassenbauturbos umso frustrierender, als anhand der fast einstimmigen Parteiparolen bei CVP, FDP und SVP der Kredit mit mindestens 70% Ja-Stimmen hätte angenommen werden müssen. Stattdessen hat wohl die Mehrheit der CVP-Basis Nein gestimmt, und auch bei der SVP-Basis dürfte es viele Nein-Stimmen gegeben haben. Sogar in der FDP war grosse Skepsis zu spüren.

Weitere Zitterpartien folgen

Die nächste Kraftprobe kommt schon bald. Die geplante Baarer Tangente Neufeld dürfte es noch schwieriger haben vor dem Volk. Der lokale Leidensdruck ist wesentlich kleiner, der Landverbrauch noch grösser und das zerstörte Naherholungsgebiet noch bedeutender. Hinzu kommt, dass Baar den 230-Millionenkredit abgelehnt hat – knapp zwar, aber immerhin. Und dies, obwohl die Baarer Alternativen die einzigen waren, welche in Baar eine Kampagne gegen die UCH geführt haben.

Wende braucht Zeit

Trotzdem versucht die Strassenbaulobby nun Gas zu geben. Die SVP-Motion für den Hirzeltunnel zeigt das. Das Zufallsmehr gibt ihnen dazu zwar keine Legitimation, aber die bürgerliche Classe politique im Kanton Zug kümmert das vorläufig wenig. Sie hat in ihrer Mehr-

heit leider noch nicht realisiert, dass angesichts von Klimawandel und schwindenden Erdölreserven das Auto in seiner Bedeutung als Verkehrsträger über kurz oder lang zurück gebunden werden wird.

Dies ist umso betrüblicher, als es noch einen nahe liegenderen Grund für eine Verkehrswende gibt: all die im Richtplan geplanten neuen Strassen würden die Lebens- und Wohnqualität im Kanton massiv beeinträchtigen und so ein wichtiges Fundament des Erfolges unterhöhlen. Das Zubauen bestehender Naherholungsgebiete (die beim grossen Wachstum im Kanton immer wichtiger für die Lebensqualität werden) und die grosse zusätzliche Luft- und Lärmbelastung durch grossräumige Verkehrsverlagerungen in das Kantonsgebiet – das kann's ja wohl nicht sein.

Die Zukunft gehört modernen öffentlichen Nah- und Fernverkehrssystemen. Die sinnvollen punktuellen Zentrumsentlastungen mit neuen Strassen, die es tatsächlich braucht, sind auch so noch teuer genug. ■

Defizit ausgleichen

Trotz grossen Spendenaufkommens aus Cham und Hünenberg (über 12'000 Franken) und einer finanziell zurückhaltenden Kampagne mit einem Budget von 30'000 Franken bleibt ein Defizit von über 5000 Franken.

Während alleine die unter Missbrauch von Steuergeldern finanzierte Ennetsee-Zeitung 50'000 Franken kostete, dürfte das gesamte Budget der Befürworter in den sechsstelligen Bereich gehen (ohne das sehr einseitige offizielle Abstimmungsbüchlein).

Spenden sind willkommen an:
«Abstimmungskomitee Umfahrung Cham/Hünenberg für 63 Millionen»
6330 Cham
PC 60-703417-2

Menzingen: Weiterhin am Ball

Pia Rhyner, Menzingen | Bild Adelina Odermatt

Wir machen weiter... und bleiben im Klosterdorf im Gespräch, dies nicht nur in der Fasnachtszeitung «Bärgspiegel», welche viel über uns und eine gewisse «donna rossa» zu erzählen wusste. «La donna rossa» ist übrigens unsere langjährige ehemalige Präsidentin Marianne Aepli, welche natürlich den Freien Wählern noch immer treu zur Seite steht.

Erfreulicherweise bleiben uns weiterhin zwei Kommissionssitze in der Gemeinde erhalten. Es freut uns, dass sich die bisherigen Rita Neining in der Baukommission und Maja Locher in der Sozialkommission für eine weitere Amtszeit engagieren. Zudem dürfen wir bei Abstimmungen zwei Personen ins Wahlbüro delegieren, was uns ebenfalls erlaubt, am Draht zu bleiben.

Jugendliche einbeziehen

Noch in meiner Amtszeit beschloss der Gemeinderat, die Papiersammlung aus Sicherheits- und Versicherungsgründen an eine auswärtige Firma zu vergeben. Was seit Jahrzehnten der Schule und den Ver-

einen einen Zustupf in die Kassen brachte, wurde ersatzlos gestrichen. In einer Motion verlangen wir nun vom Gemeinderat, den Entscheid zu überdenken. Dabei soll auch der Sicherheitsaspekt berücksichtigt werden. Sollte der Entscheid erneut negativ ausfallen, verlangen wir ein Ersatzangebot zur bisherigen Papiersammlung.

Aus unserer Sicht können wir den Jugendlichen keinen besseren Dienst erweisen, als dass wir sie teilnehmen und sich beteiligen lassen, dass sie in eine übergeordnete Verantwortung mit eingebunden sind. Solche Einsätze fördern das Gemeinschafts- und Umweltbewusstsein der jungen Generation.



Altpapier soll wieder von SchülerInnen gesammelt werden. Dies fordern die Freien WählerInnen.

Immer wieder wird ja gejammert, dass sich Jugendliche nicht für die Gesellschaft einsetzen. Dies muss aber geübt werden, am besten mit Chancen zur Mitwirkung, zum Beispiel Papier sammeln. Es geht weiter, wir bleiben dran. ■

Motion siehe unter www.fw-menzingen.ch

Spaghettata an der Monatsbar

Markus Thalmann, Buonas | Bild Adelina Odermatt

Vier Vorstandsmitglieder von Gleis 3 aus Risch brachten italienische Stimmung in die Zuger Monatsbar: Rund 25 Gäste genossen die Spaghettata mit den Ennetseer Alternativen.



«GleiserInnen im Spaghettirausch.

Spaghetti al salmone oder doch eher die klassischen Bolognese? Einige alternative BesucherInnen konnten sich nicht entscheiden und bestellten gleich beides. Gemeinderätin Dorothea Wattenhofer, Kantonsrätin Hanni Schriber sowie die beiden Vorstandsmitglieder Esther Gödl und Markus Thalmann wuselten fleissig in der Siehbach-Küche herum, bis auch die letzten süssen Gelüste (Dessert: Zabaione) gestillt waren. Dazu wurde intensiv politisiert – unter

Gemäss einer Empfehlung aus der letztjährigen Analyse des BULLETINS sollen die alternativen Ortsgruppen vermehrt zu Wort kommen. In der Themenwahl sind sie frei. Der Redaktion sind Artikel von aktuellen Polit-Brennpunkten bis zu Unpolitischem willkommen.

anderen auch mit Altregierungsrat Hanspeter Uster und Nationalrat Jo Lang. Erfreulich, dass trotz Sportferien so viele Alternative den Weg zur Monatsbar fanden. ■

Ein Tag im Leben von ...

Philipp Kissling, Oberwil | Bilder Adelina Odermatt

20

Philipp Kissling lebt in Oberwil und ist Vater von vier Töchtern. Er ist Eigentümer der Firma KG Kissling Gebäudeaufnahmen GmbH, welche im Bereich vorsorgliche Beweisaufnahmen rund um Baustellen tätig ist. Er ist Mitglied der Alternativen des Kanton Zug, im Vorstand der VCS-Sektion Zug, Sektionsleiter der Mobility CarSharing und Präsident von Swiss Engineering Sektion Zug.



Philipp Kissling nimmt Messungen vor, während und nach Bauarbeiten Messungen an Gebäuden vor. So sollen mögliche Bauschäden rechtzeitig erkannt und verhindert oder zumindest dokumentiert werden.

Montagsmorgen: Um 06.45 geht der Wecker meiner Frau mit ziemlichem Getöse los. Ich drehe mich zum Radio und schalte es ein. Mit den Siebenuhrnachrichten fängt das Aufstehprozedere an. In der Küche ist schon alles im Gange. Meine Aufregung über den neuesten Bundesratsbeschluss zur Atomenergie will sowieso niemand hören, darum kann ich mich gleich um mein Müsli kümmern. Die zweitälteste Tochter verabschiedet sich Richtung Busstation, während die zwei jüngeren noch beim Morgenessen sitzen. Heute reicht es für einen Blick in die Zeitung, bevor ich ins Büro einen Stock tiefer gehe, um meine Ausrüstung bereit zu stellen.

Die jüngste Tochter holt ihr Trotti vom Balkon und ich erhalte einen Abschiedskuss. Meine Frau und meine dritte Tochter verlassen das Haus mit dem Velo.

Einsatz im Ägerital

Jetzt bin ich alleine zu Hause und beseitige schnell die letzten Spuren vom Frühstückstisch. Im Büro wird der Leiterwagen mit den Nivellierutensilien voll bepackt, dann nach den Plänen gesucht, die ich für die Aufnahme brauche. Punkt acht Uhr kommen drei SMS, die mir bestätigen, dass die Erschütterungsmessgeräte in Hospental noch ihren Dienst tun.

Um 08.15 kann ich mit dem Mo-

bility-Auto losfahren, um meinen Messgehilfen pünktlich um 08.30 am Bahnhof abzuholen. Dann fahren wir nach Unterägeri, um dort die Höhenkoten zweier Häuser auszumessen. Da ich betont grün-rot denke und mein Nebenan ein relativ grüner Freisinniger ist, wird im Auto heftigst diskutiert. Endlich bekomme ich meinen Frust von heute Morgen über den Bundesrat los. Die Aufnahmen werden durch Schneefall leicht behindert, wir finden aber alle Punkte. Die Verkippungen der Gebäude gegen die Baustelle hin sind zum Glück nicht allzu gross. Mit einem Telefonkontakt kann ich die Bauleitung beruhigen.

Zwischenstation Tagesschule

Schon bald steht mein Kollege wieder beim Bahnhof und ich gebe mein Auto in Oberwil ab. Jetzt muss es schnell gehen, denn schon in einer halben Stunde werde ich in der Tagesschule erwartet, um beim Tisch decken zu helfen. Doch gerade jetzt kommt ein SMS aus Hospental: Die Erschütterungen bei einem Gerät sind so hoch, dass das Dorf flach liegen müsste. Sofort informiere ich den Polier, der auch ein SMS erhalten hat, dass er mit den Arbeiten weitermachen kann, da jemand gegen das Gerät gestossen ist. Dann erkundige ich mich beim Hausbesitzer nach der Ursache des «Erdbebens».

Nun ist es aber höchste Zeit, dass ich mit meinem Velo starte! Aber zuerst stelle ich den Leiterwagen ins Büro und suche meine Geräte für die Aufnahmen am Nachmittag zusammen. Fünf Minuten zu spät komme ich in der Tagesschule an. Zum Glück sind heute genügend Eltern da, und wir werden mit der Arbeit pünktlich fertig. Die Kinder strömen in den Speisesaal und suchen einen Platz. Nachdem alle einen gefunden haben, startet die Musik und das Essen wird aufgetragen. Nach dem Schöpfen wünsche ich

allen «en Guete» und wir beginnen mit der Mahlzeit. Bis auf zwei bis drei Ermahnungen an die Kinder und ein zerbrochenes Glas verläuft das Mittagessen ereignislos.

Nach dem Essen helfe ich beim Abräumen. Die Knaben müssen wie üblich angehalten werden, auch mal einen Lappen in die Finger zu nehmen. Beim obligaten Kaffee mit den andern Eltern und dem Personal kommen alle möglichen Themen zur Sprache. Viel zu früh muss ich heute die Runde verlassen, um wieder meinen beruflichen Pflichten nachzugehen.

Mauerrisse im Visier

In Cham erwartet mich ein Mieter vor dem Mehrfamilienhaus und bittet darum, zuerst seine Wohnung aufzunehmen, damit er arbeiten gehen kann. Der Bitte wird stattgegeben. Danach suche ich den Hauswart, um die hinterlegten Schlüssel für die verwaisten Wohnungen zu erhalten. Mitten in den Rissaufnahmen kommt das nächste SMS: «Kann dieser Mensch das Messgerät nicht in Ruhe lassen?» Doch diesmal ist es etwas anderes. Sofort ein Telefon an den Polier! Der erklärt mir, dass sie gerade neben einem Erschütterungsmessgerät den Abwasserrohrzugang zum Haus spitzen. Ich erkläre ihm, wie man das Gerät für die Dauer der Spitzarbeiten abstellt und ermahne ihn, es danach sofort wieder einzuschalten. Jetzt will ein Mieter wissen, wieso diese Aufnahmen gemacht werden, seine Wohnung habe sowieso keine Risse. Ich erkläre ihm, dass auch das festgestellt werden müsse, um danach beweisen zu können, dass ein neuer Schaden aufgetreten ist. Die Beobachtungsgabe des Mieters ist auch nicht die beste.

Und wieder meldet sich das Natel. Diesmal mit einem Anrufer. Es geht um eine Offertanfrage. Ich bitte den Kunden, mir einen Situationsplan zuzustellen und darauf die Häuser

zu markieren, die aufgenommen werden müssen. Nach den Kontrollen am Mehrfamilienhaus habe ich noch Zeit für die Aufnahme der Strasse entlang der zukünftigen Baustelle.

«Feierabend»

Auf dem Nachhauseweg musiziert das Natel. Meine Frau teilt mir mit, dass wir keine Milch mehr haben. Ein Zwischenstopp in Zug und wir haben wieder welche und noch einiges mehr. Zu Hause angekommen bleibt mir nicht mehr viel Zeit. Man erwartet mich an der Vorstandssitzung von Swiss Engineering in Zug. Im Büro verräume ich die Nivellierutensilien und zeige mich in der Wohnung. Die dritte Tochter kommt und beansprucht meine Hilfe in Physik, da sie morgen eine Prüfung hat. Unter Protest akzeptiert sie, dass ich ihr erst später helfen kann. Rasch ein Glas Wasser getrunken und schon bin ich wieder mit dem Velo unterwegs zur Vorstandssitzung. Zuerst sprechen wir über die Aufgaben, die wir von der Generalversammlung erhalten haben und verteilen sie. Ebenfalls ist wichtig, wer uns an der Delegiertenversammlung vertritt. Jetzt werden noch die Einladungen für den nächsten Anlass verpackt. Nach der Vorstandssitzung lädt uns ein Vorstandsmitglied zu Sandwiches ein. Ich fahre mit dem Velo wieder nach Hause und werde schon mit dem Physikbuch erwartet. Zum Glück sind die Fragen nicht allzu schwierig. Kniffliger wird es, als meine zweite Tochter mit Vektorgeometrie aus dem Gymnasium kommt. Da ich nicht mehr alles weiss, werden die Lösungen durch ausgiebiges Diskutieren gefunden und das obwohl mir nicht einfach alles geglaubt wird. Nun endlich kann ich mich neben meine lesende Frau setzen. Später schaue ich die TV-Sendung «10 vor 10» und kontrolliere danach die anderen Kanäle, ob noch etwas Spannendes kommt. Man will ja nichts verpassen. Heute ziehe ich mich schon bald ins Bett zurück und lese in meinem Buch weiter: der letzte Teil der Trilogie von Jan Guillou über Schweden zur Zeit der Kreuzzüge um 1200. Dann gute Nacht. ■

nendes kommt. Man will ja nichts verpassen. Heute ziehe ich mich schon bald ins Bett zurück und lese in meinem Buch weiter: der letzte Teil der Trilogie von Jan Guillou über Schweden zur Zeit der Kreuzzüge um 1200. Dann gute Nacht. ■



Ingenieur Philipp Kissling mit seinem hochtechnologischen Equipment.

Erfolg für die Linke auf der ganzen Linie

Martin Stuber, Vizepräsident Alternative, Zug

22

Aus Platzgründen konnten wir in der letzten Nummer die separate Wahlbilanz der Stadt Zug nicht bringen. Wir holen dies wie angekündigt nach.

Den Aufschwung der Alternativen bei den Wahlen 2006 hat die SGA gewissermassen vorgeholt bei den Wahlen 2002. Zur Erinnerung: mit einem Sprung vorwärts von 50% bei den Listenstimmen für den Grossen Gemeinderat wurde die Liste SGA/Parteilose damals zweitstärkste Fraktion im GGR. Gleichzeitig konnte der zweite linke Stadtratsitz ganz knapp zurück geholt werden.

Gemeinsame Liste mit der CSP

2006 brachte nun nicht nur die angestrebte Konsolidierung sondern sogar nochmals einen Sitzgewinn im GGR. Der historische Schritt einer gemeinsamen Liste von Alternative SGA und Christlich Sozialer Partei (CSP) erlaubte es, beim Listenstimmenanteil das addierte Resultat von SGA und CSP vor vier Jahren zu halten und brachte dank etwas Proporzglück einen zusätzlichen Sitz. Die CSP konnte von der gemeinsamen Liste besonders profitieren, da sie nun drei Sitze in der neunköpfigen Fraktion einnimmt. Ein analytischer Vergleich von GGR- und Stadtratswahlen erlaubt den Schluss, dass ein Teil der C-WählerInnen beim Stadtrat die linke Liste wählte, beim GGR dann aber die CVP-Liste bevorzugte – es geht hier um rund 200 Listen. Wenn die städtische GGR-Fraktion so weitermacht, wie sie die Legislatur begonnen hat (Roost!), dann haben wir hier in vier Jahren also noch Potential.

Im GGR haben neben der Zugkraft der gemeinsamen Liste sicherlich die gute und konsequente Arbeit der letzten vier Jahre sowie die Ausstrahlung unseres Zugpferdes Astrid Estermann eine Rolle gespielt. Mobilisierend hat ganz sicher

auch der Rupan-Effekt gewirkt – besonders bei den Jungen in Migrantenkreisen, aber auch als Sympathieträger über die Linke hinaus. Das Spiegelbild hinzu ist gewissermassen das «Abschiffen» der Schweizer Demokraten, deren hässliche fremdenfeindliche Kampagne trotz enormem Papieraufwand offensichtlich wirkungslos verpuffte. Die Leute wollen Integration und Partizipation, nicht Ausgrenzung und Kriminalisierung.

Der Erfolg der GGR-Liste ist umso höher zu bewerten, als er nicht auf Kosten der SP ging, welche mit einer starken Liste angetreten ist und verdientermassen ein Mandat zulegte. Die Linke kann nun im GGR alleine das Behördenreferendum ergreifen. Der Zuwachs der Linken ging auf Kosten der SVP!

Der Erfolg bei der Roost-Abstimmung am 11. März 2007 gegen FDP, SVP und die gesplante CVP zeigt das Potential der Linken in der Stadt. Eine Mehrheit der ZugeInnen will kein Monaco.

Sensationelle Stadtratswahlen

Ein sensationelles Resultat brachten die Stadtratswahlen: Die gute Zusammenarbeit innerhalb der Linken, der gute Leistungsausweis der beiden bisherigen Stadträte und eine aktive Kampagne der Alternativen Astrid Estermann sorgte fast für eine Riesensensation, nur wenige Listenstimmen fehlten zum dritten Stadtratsitz. Die 41% für die Liste von Alternativen, SP und CSP katapultieren Zug mindestens vom Stimmenanteil her in die Nähe einiger rotgrün regierter Städte.

Die Polarisierung beim Stadtpräsidium in Kombination mit der innerhalb der C-Wählerschaft als schwach empfundenen CVP-Lis-



Astrid Estermann und Hanspeter Uster: zwei wirkungsvolle Zugpferde der alternativen Wahlkampagne.

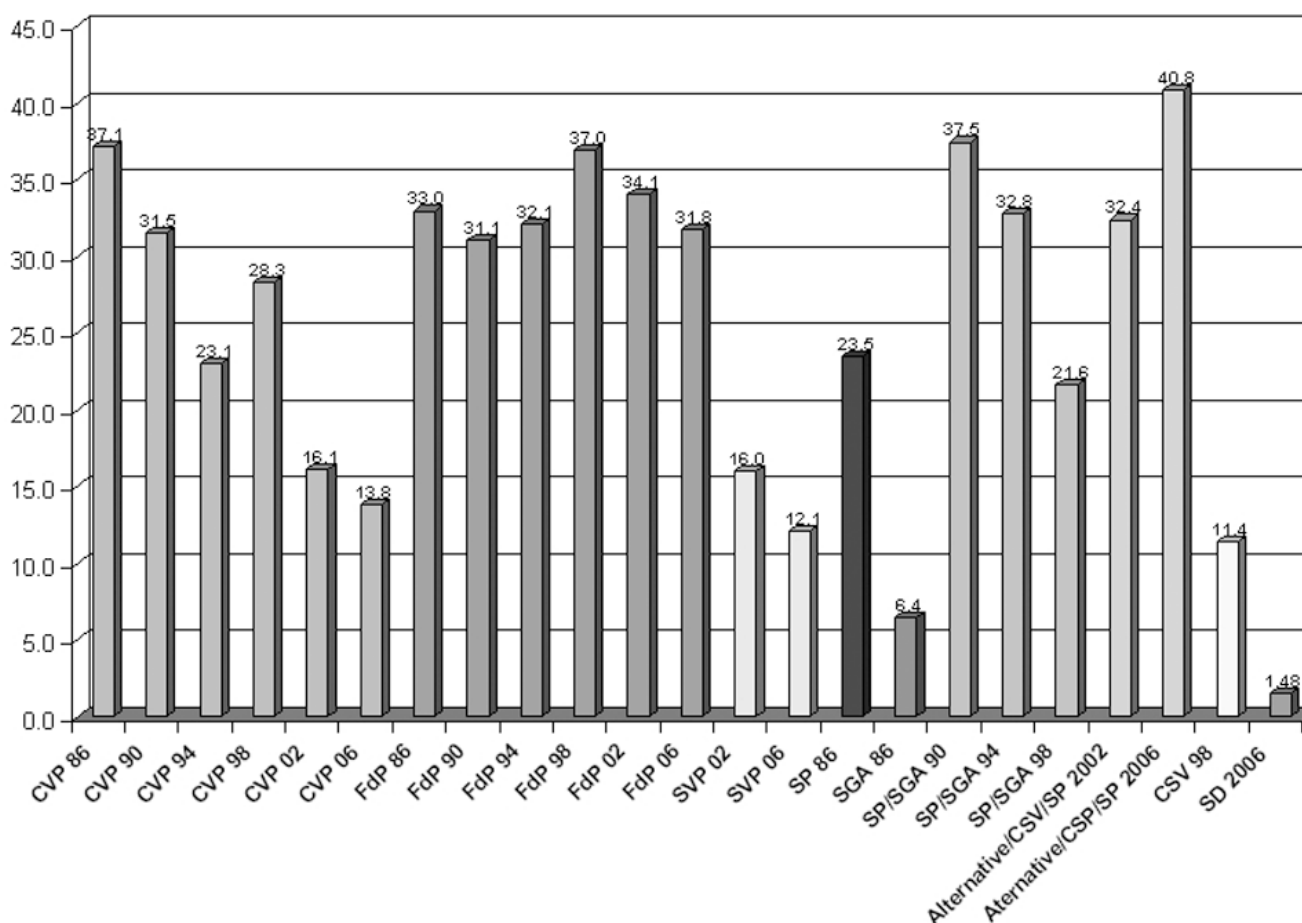
te sind zusätzliche Faktoren. Und die teuerste Einzel-Wahlkampagne, welche die Stadt Zug je gesehen hat, dürfte dem L&G-Erben Ulrich Straub unterm Strich eher geschadet haben und auch noch einige bürgerliche «Proteststimmen» zum Einlegen der linken Stadtratsliste bewogen haben.

Sitzgewinn im Kantonsrat ...

Im Kantonsrat gelang der angestrebte Sitzgewinn von drei auf vier Sitze locker, auch hier mit einer gemeinsamen Liste von Alternative SGA und CSP und ebenfalls nicht auf Kosten der SP, die mit einer kleinen Liste sitzmässig stagnierte. Die Linke hält nun einen Drittel der Kantonsratsmandate – das Stadtratsresultat zeigt, dass auch hier noch Potential besteht!

... und im Regierungsrat

Der Wettlauf um den zweiten linken Sitz im Regierungsrat entschied der Alt-Gemeinderat und Stadtzuger Patrick Cotti in seiner Wohngemeinde



– hier holte er den notwendigen Vorsprung auf Markus Jans. Mit Manuela Weichelt-Picard sind die beiden linken Regierungsratssitze somit in den Händen von StadtzugerInnen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Gründung der Alternative Kanton Zug hat sich auch für die Stadt gelohnt. Die Ausstrahlung der alternativen Kampagne und die damit verbundene Aufbruchsstimmung kann sich im urbanen Umfeld am besten entfalten.

Wenn die Alternativen die Herausforderung packen und weiterhin konsequente linksgrüne Politik in den Gemeinden, im Kantonsrat und

im Regierungsrat machen, dann wird der Erfolg vom Oktober 2006 keine Ausnahme bleiben.

Nationalratsproporz ändert alles

Dazu gehört auch das Bewusstsein, dass in vier Jahren an einem einzigen Wahlwochenende alle gemeindlichen und kantonalen Gremien (nicht aber der Ständerat) mit einem neuen Wahlsystem gewählt werden.

Im Nationalratsproporz zählt dannzumal jede persönliche Stimme als Listenstimme, es sind Listenverbindungen möglich, die Liste selber zählt nicht mehr für die Sitzverteilung. Valable und zahlreiche

KandidatInnen sind dann noch viel wichtiger als bisher schon.

Und der nächste Wahlherbst steht schon vor der Tür – in die Nationalratswahlen gehen wir mit dem unschätzbaren Vorteil eines profilierten und glaubwürdigen Zugpferdes – und Jo Lang ist gerade in der Stadt Zug sehr gut verankert. ■

Alle detaillierten Diagramme mit den Wahlergebnissen von Stadtrat und GGR seit 1986, von Kantonsrat und Regierungsrat seit 1990 sind auf dem Internet abrufbar unter www.alternative-zug.ch.

Journalismus einst und heute

Redaktion BULLETIN

24



Gegengelesen von Andreas Iten versteht sich als «politischer Bericht» und «Roman», will heissen, als Text, der Wirklichkeit

und Fiktion verknüpft. Manchen Regierenden in Bundesbern zollt der Autor etwas gar viel Bewunderung, ähnlich seiner unkritischen Lobrede auf Bundesrat Philipp Etter anlässlich der Feier zu dessen 100. Geburtstag in Menzingen vom 21. Dezember 1991. Die Alltagspolitik der letzten 40 Jahre mit ihren Grundsatzfragen, Machtspielen und Skandalen liefert aber lediglich den Bodensatz für das Kernthema: die schleichenden Veränderungen in der schweizerischen Presselandschaft sowohl bezüglich Strukturen als auch Inhalten. In der Nähe von Burgstadt alias Thun zeichnet ein Medienwissenschaftler im Rahmen seiner Diplomarbeit die letzten Lebensjahre eines Journalisten namens Paul Jäger nach, dessen

Talent und Qualitätsansprüche gleichermaßen verantwortlich waren für seinen beruflichen Aufstieg und Absturz. Für die Schilderung dieses Prozesses beweist Andreas Iten dramaturgisches Geschick und thematische Tiefe. Nur schade, dass Jägers «Kronenclub», eine Männerrunde Gleichgesinnter, kein stärkeres Profil entwickelt: Diese Kaste der sogenannten Elite-Physiker, Ingenieur, Amtsdirektor, Touristikprofessor, Wirtschaftsredaktor, Weinhändler – sähe man (als Linker) gerne in schärferen Konturen.

Treffend und amüsant nehmen sich die Pseudonyme für Örtlichkeiten und Politmenschen aus – zum Beispiel Jean de Noiret für James Schwarzenbach oder Damian Stoffel für Christoph Blocher – sowie das oft eigenwillig-schöpferische Wortmaterial: Högerland (Hommage an Kurt Marti?), Regierer, Bedeutendheit, Allerhandheit usw. Das leicht lesbare Buch sei allen empfohlen, die Schweizer Politik und Zeitungs-wesen im Rückspiegel spannungsreich an sich vorüberziehen lassen möchten.



Migration, Integration und Menschenrechte. Über 30 Autorinnen und Autoren haben an der jüngsten Ausgabe

der Halbjahreszeitschrift «WIDERSPRUCH» mitgewirkt. Das Heft Nr. 51 beleuchtet materialreich die unrühmlichen Mechanismen und Ausprägungen der schweizerischen Asyl- und Migrationspolitik, welche zunehmend einer demagogisch gesteuerten Aushöhlung der Menschenrechte unterliegt. ■

Literaturangaben

Andreas Iten: *Gegengelesen. Ein politischer Bericht. Roman*, 202 Seiten, Verlag Martin Wallimann, Fr. 35.-
WIDERSPRUCH Heft 51: Migration, Integration und Menschenrechte, 232 Seiten, Fr. 25.-, Postfach 3031 Zürich, www.widerspruch.ch

Karin Gölitzer – neue Sekretärin der Alternativen



Karin Gölitzer ist seit 1. Februar 2007 neue politische Sachbearbeiterin der Alternativen, Kanton Zug. Geboren und aufgewachsen ist sie in Deutschland (Thüringen) und vor einiger Zeit nach Hünenberg gezogen. Sie bringt reiche Erfahrung an Gewerkschafts- und SPD-Vorstandsarbeit sowie Parlamentserfahrung im Kreistag mit. In Zug engagierte sie sich bisher im FraueNetz der Frauenzentrale und im International Women's Club.

Liebe Karin, wir wünschen dir bei deiner neuen Aufgabe viel Freude und Erfolg! Eine der ersten Aufgaben als neue Sekretärin ist die Durchführung des Sekretariat-Umzugs der Alternativen. ■

Sekretariat der Alternativen mit neuer Adresse

Das neue Büro ist ab 1. April 2007 in den Räumlichkeiten der Gewerkschaft UNIA.

Alternative Kanton Zug
 Metallstrasse 5
 PF 4806
 6304 Zug



Büchermail

**Brigitte Aschwanden,
Lorenz Gerber,
Ulla Schiesser, Zug**

*Liebe Brigitte,
lieber Lorenz*

Seit wir umgezogen sind, komme ich kaum zum Lesen und meine Inspiration liegt noch fein säuberlich verpackt auf einem Kellerregal. Könnt ihr mir fürs BULLETIN mailen, was gerade euer Leserherz bewegt? Bis bald.

Liebe Ulla

Kürzlich hat mir Christoph nach einem angeregten Gespräch über unsere Chinareise schmunzelnd einen Krimi in die Hände gedrückt: «Der wird dir gefallen.» **Qiu Xiaolongs** «**Tod einer roten Heldin**»



hat mich dann auch für zwei Tage unansprechbar gemacht.

Stell dir als Opfer eine Wasserleiche vor, die als Guan Hongying identifiziert wird, Modellarbeiterin und Heldin der Arbeit, ein politisches Vorbild also. Der Ermittler ist ein junger, sympathischer Oberinspektor, Chan Cao, von der Shanghaier Mordkommission, zuständig

für Fälle mit politischem Hintergrund. Eigentlich hätte er eine literarische Karriere bevorzugt und schreibt gelegentlich Gedichte. Ich liess mich vom Shanghai der 90er Jahre in den Bann ziehen und von Milieuschilderungen, aufschlussreicher als manche gesellschaftspolitische Abhandlung über China. Die Figuren im Krimi sind politische Drahtzieher im Hintergrund, gesellschaftliche Auf- oder Absteiger, niemand weiss genau, wann die Richtung wechselt. Der Leser gewinnt auf vergnügliche und spannende Weise Einblick ins chinesische Alltagsleben, in Ess- und Liebeskultur, Überlebenskunst und last but not least chinesische Literatur, einen Einblick in die Gesellschaft zu Zeiten Den Xiaopings und seinen gewagten Balanceakt zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft.

Natürlich ist es keine wertfreie Schilderung. Wir haben es bei Qiu Xiaolong mit einem Autor zu tun, der nach dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens nicht von einer Reise in die USA zurückgekehrt ist.

Ich bin gespannt, ob der Krimi auch faszinierend wirkt, wenn man selber noch nicht vor der Shanghaier Skyline Skorpionen-Spiessli auf dem Grill bewundert hat. Lass es mich hören!

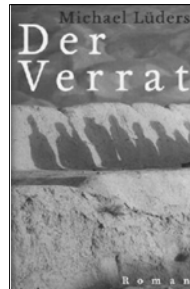
Brigitte

Liebe Ulla

Ein Blick in die Tageszeitung kann uns glauben ma-

chen, jeder könne zufällig und willkürlich als Opfer eines Terroranschlags enden. In den USA, auf Bali, in Ägypten, überall. Was uns weniger wahrscheinlich scheint: Zu Unrecht für einen Terroristen gehalten zu werden. Dieses Schicksal ereilt Ralf

Horen-



burg, den Protagonisten in **Michael Lüders** Roman «**Der Verrat**». Als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes reist er nach Pakistan und Afghanistan, um einen entführten deutschen Geschäftsmann zu finden und frei zu bekommen. Dem Islam-Beobachter mit Arabischkenntnissen gelingt es, Kontakte zu knüpfen und in das von Taliban kontrollierte Gebiet vorzudringen. Während eines US-Luftangriffs werden ihm die Schrecken des Krieges auf drastische Weise bewusst und es beginnt eine Irrfahrt durch das vom Krieg zerrissene Land. Lüders gewährt Einblicke in eine archaische Gesellschaft, von Gewalt, Fundamentalismus und Krieg gezeichnet, vom Wunsch nach Frieden und Gerechtigkeit getrieben. Als Horenburg verdächtigt wird, Kontakte zu Al Kaida zu unterhalten, muss er

untertauchen und findet sich plötzlich in einem Lager arabischer Terroristen wieder. Ihm wird deutlich, wie unangebracht das Gut-Böse-Schema ist: «War ich also der Gute, die anderen die Bösen? So empfand ich es nicht. [...] Für mich ging es nicht um Moral, nicht einmal um Gerechtigkeit. Vielmehr war ich entschlossen, mich keinem Schicksal zu ergeben. [...] Die Würde eines Menschen hängt nicht von seinem Reisepass ab. Für mich zählte allein die Entschlossenheit, das eigene Leben und Selbstbild nicht von anderen bestimmen zu lassen.» Die neue Identität, die Horenburg dank eines gefälschten Passes annimmt, symbolisiert auch eine veränderte innere Haltung, die frei ist von Ideologie und Chauvinismus. Neben der authentischen Darstellung der Realität in Afghanistan ist vor allem die Entwicklung des Romanhelden ein Lesegenuss.

Lorenz

Literaturangaben

Alois Prinz: Beruf Philosophin oder die Liebe zur Welt. Beltz Verlag.

Qiu Xiaolong: Tod einer roten Heldin. Dtv

Michael Lüders: Der Verrat. Miles & More.



26

FLIZ-Programm im
Kino Gotthard

**Sonntag, 1. April 2007,
10.30 Uhr**, Premierenmatinee Kino Seehof, Zug:



FAUSTRECHT – eine Langzeitdokumentation von Bernard Weber und Robi Müller. In Anwesenheit von Robi Müller und Tim; kurze Einführung zum Thema.

**Mittwoch, 11. April 2007,
18.00 Uhr**, Aula GIBZ,
Baarerstr. 100:



FAUSTRECHT
20.00 Uhr, Podiumsdiskussion – eine Veranstaltung von FLIZ, Zuger Kinos, Zuger Fachstelle punkto Jugend und Kind, GIBZ.

Der Film begleitet zwei sehr unterschiedliche, gewalttätige Jugendliche zwei Jahre durch Anstalten, Pflegefamilien, Therapien, Rückfälle und stellt brennende Fragen zu einem Phänomen unserer Zeit: nach den komplexen Ursachen von Gewalt, zu Prävention und Therapie.
Podium: Patrick Cotti,

Bildungsdirektor; Beat Villiger, Sicherheitsdirektor; Manuela Griffel, Jugendbeauftragte Zuger Polizei; Regula Blattmann, APD; André Woodtli, Rektor Cham; Bernard Weber, Regisseur.

Moderation: Martin Spilker.

**Montag, 2. April 2007,
19.30 Uhr**
GV FLIZ – im Foyer Theater im Burgbachkeller mit filmischer Überraschung, Apéro. Wir freuen uns auf unsere Mitglieder und Interessenten.

**Montag, 7. Mai 2007,
20.00 Uhr**, wieder (normal) im Kino Gotthard
BAMAK – von Abderahmane Sissako, Mali (ein Film der «magischen Augenblicke»)



Es sind globale Fragen, die in ‚Bamako‘ anklingen: eine Gerichtsverhandlung wird mit echten Anwälten in Szene gesetzt (Thema Weltbank und IWF) – vor zwei Parteien: die BürgerInnen und die Institutionen. Und schliesslich muss sich nach den flammenden Plädoyers das Publikum ein Urteil bilden! Sissako ist kein Mann der lauen Worte. Sein Weltgericht kommt

auf Samtpfoten, mit einem Schuss Ironie und durchaus Hoffnung. Es ist eher ein philosophisches Traktat als ein pathetisches Gerichtsdrama im Hollywoodzuschnitt. Ruedi Küng, Afrikakorrespondent DRS ist anwesend!

**Montag, 21. Mai 2007,
20.00 Uhr**
LOSERS AND WINNERS – ein Dokumentarfilm von Ulrike Franke und Michael Loeken



400 chinesische Arbeiter zerlegen im Ruhrgebiet die Kokerei Kaiserstuhl in Einzelteile und verschiffen sie in ihre Heimat: Abbruch West - Aufbau Fernost. Die letzten Dortmunder Koker müssen den Chinesen dabei helfen, ihren eigenen Arbeitsplatz abzubauen. Kein Schweizer Verleih, die Regisseure sind anwesend!

Das Juniprogramm ist in Arbeit und richtet sich nach den Möglichkeiten der Regisseure, nach Zug zu kommen!



Verabschiedung von Judith Kellenberger

Judith Kellenberger war von Anfang des Jahres 2004 bis Ende 2006 in der Redaktion des Bulletins. Sie trat damals gleichzeitig mit Adelina Odermatt und Philipp Bischof der Redaktion bei. Von Anfang an war sie kompromisslos, wenn es darum ging, die Perspektive der Angestellten und arbeitenden Bevölkerung aufzuzeigen und ihr einen Platz im Bulletin zu erobern. Dies zeigte sich beispielsweise in ihrem ersten Artikel über die (pseudo-)demokratischen Vorgänge rund um den Superdiscounter Migros. Mit ihrer engagierten Art führte sie uns durch etliche Redaktionsdiskussionen, was wir sehr schätzten. Die herzliche und temperamentvolle Art von Judith werden wir vermissen. Judith, wir möchten dir für deine Arbeit im Bulletin herzlich danken!

*Im Namen der Redaktion:
Natalie Chiodi*



MI, 4. April: Alternative Monatsbar und Generalversammlung Alternative Kanton Zug

Ab 18.00 Monatsbar, 19.00 GV, Siehbachsaal, Zug

SA, 7. April: Stamm KriFo Cham

Ab 8.00, Café Neudorf, Cham

MI, 11. April: Generalversammlung KriFo Cham

19.30, Rest. Vilette, Cham

SA, 14. April: Baarer Velo-Börse 2007 (bei jeder Witterung)

8.00-15.00, beim Schulhausplatz Marktgasse (Seite Rathaus-Schüür) Veloannahme: 8.00-11.00 und Veloverkauf: 11.00-14.00 Uhr

1. Mai-Feier auf dem Landsgemeindeplatz unter der Linde in Zug, Thema: RESPEKT!

-17.00 Beginn 1. Mai-Feier
-ab 18.00 Reden zum 1. Mai:
- Josef Lang (Nationalrat Kanton Zug)
- Rita Schiavi (Geschäftsleitungsmitglied Unia-National)
- Barbara Gysel (neue Präsidentin Gewerkschaftsbund Kanton Zug, SAH Projektleiterin)

MI, 2. Mai: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug
Mit Köchen und Köchinnen der SGA Zug

FR, 11. Mai: Generalversammlung BULLETIN Alternative Kanton Zug

20.00 GV und ab 21.00 Tanzabend mit DJ Tony, Siehbachsaal, Zug

DI, 29. Mai: Generalversammlung Gleis 3

19.30, Zentrum Dorfmat, Rotkreuz, Sitzungssaal 1

MI, 6. Juni: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug
Mit Köchen und Köchinnen der SGA Baar

MI, 4. Juli: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug
Mit Köchen und Köchinnen des Forum Oberägeri



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri

Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9,
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@my-mail.ch

Freie Wähler Menzingen

Postfach 112,
6313 Menzingen
roozeboom@solnet.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen

Postfach 123,
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluewin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KriFo Alternative Cham

Esther Haas,
Sonneggstrasse 11,
6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

SGA Zug/Baar

Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat

www.alternativefraktion.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Nr. 1. März 2007, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN
Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: : Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber
Produktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan (DMG Zug)
Gestaltungskonzept: S.H.E.D.
Belichtung und Druck: DMG Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1250 Ex.
WEMF bestätigte Aufl.: 1038 Ex.
Abonnement: Fr. 25.-;
Kleinverdiener Fr. 10.-,
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 2/2007: Freitag, 15. Juni 2007
Erscheinungsdatum: Donnerstag, 28. Juni 2007

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative Kanton Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

